

Der Minister

Ministerium für Arbeit,
Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen



Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

Datum: 31. Januar 2020

Seite 1 von 1

An den
Präsidenten
des Landtages Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper MdL

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

VORLAGE
17/2967

A01

Aktenzeichen
bei Antwort bitte angeben

Bernhard Ulrich
Telefon 0211 855-3456
Telefax 0211 855-3051
Bernhard.Ulrich@mags.nrw.de

Düsseldorf

für den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Bericht - Erforschung des Medikamenteneinsatzes in Kinderheimen, Einrichtungen der Öffentlichen Erziehung und heilpädagogischen und psychiatrischen Anstalten

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

die Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales hat mich auf Grundlage eines Schreibens der SPD-Fraktion um einen Bericht zum Thema „Erforschung des Medikamenteneinsatzes in Kinderheimen, Einrichtungen der Öffentlichen Erziehung und heilpädagogischen und psychiatrischen Anstalten“ gebeten.

Diesem Anliegen komme ich gerne nach und übersende für die 71. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 5. Februar 2020 den erbetenen Bericht mit der Bitte um Weiterleitung an die Mitglieder des Ausschusses.

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Fürstenwall 25,
40219 Düsseldorf
Telefon 0211 855-5
Telefax 0211 855-3683
poststelle@mags.nrw.de
www.mags.nrw

Mit freundlichen Grüßen

(Karl-Josef Laumann)

Anlage

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahn Linie 709
Haltestelle: Stadttor
Rheinbahn Linien 708, 732
Haltestelle: Polizeipräsidium

Bericht

für den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales
des Landtags Nordrhein-Westfalen

zur

Erforschung des Medikamenteneinsatzes in Kinderheimen,
Einrichtungen der Öffentlichen Erziehung und heilpädagogischen und
psychiatrischen Anstalten

Mit Verweis auf die Vorlagen 16/4400, 17/20, 17/669 und 17/2490 wurden ausgehend von der Veröffentlichung der Pharmazeutin Sylvia Wagner aus Oktober 2016 zum Thema ‚Arzneimittelstudien an Heimkindern‘ [vollständiger Titel der Veröffentlichung: „Ein unterdrücktes und verdrängtes Kapitel der Heimgeschichte – Arzneimittelstudien an Heimkindern“] durch die damalige Gesundheitsministerin Barbara Steffens zwei Konferenzen am 25. November 2016 und 9. Mai 2017 zu dem Thema durchgeführt.

Teilgenommen haben u.a. die Träger der in der Veröffentlichung genannten Heime. Ziel war es, den bisherigen Aufarbeitungssachstand zu erheben und ein gemeinsames Vorgehen in der Sache zu vereinbaren.

Zudem wurde durch das damalige Gesundheitsministerium die „Vorstudie zur Erforschung des Medikamenteneinsatzes in Kinderheimen, Einrichtungen der öffentlichen Erziehung und heilpädagogischen und psychiatrischen Anstalten“ in Auftrag gegeben. Zielsetzung war hier, die gesellschaftlichen und arzneimittelrechtlichen Voraussetzungen der damaligen Zeit als Rahmenbedingungen zu erfassen.

Die Ergebnisse der Vorstudie können wie folgt zusammengefasst werden:

Arzneimiteleinsatz in Heimen zur Erziehung

In weiten Teilen der Gesellschaft herrschten patriarchalische Erziehungsstrukturen vor, die eine strikte Unterordnung unter Autoritätspersonen einforderten, abweichendes oder aufsässiges Verhalten missbilligten und dabei auch auf körperliche Züchtigungen zurückgriffen. Sogar der Bundesgerichtshof bestätigte in den 1950er Jahren ein Züchtigungsrecht mehrfach. In den Heimen bildeten sich verschiedene Strafsysteme aus. Zu den härtesten Strafen zählten neben brachialer körperlicher Gewalt das Isolieren in „Besinnungstübchen“, das Fixieren in Zwangsjacken, Elektroschocks oder Arzneimittelgaben zur Ruhigstellung.

Der Arzneimiteleinsatz zur Disziplinierung in Heimen ist – so die Erkenntnisse der Vorstudie – nur in diesem gesellschaftlichen Kontext zu verstehen. Aus heutiger Sicht erscheint das damalige Verhältnis zu Arzneimitteln in weiten

Teilen der Bevölkerung weithin unkritisch gewesen zu sein. Arzneimittelrisiken waren im kollektiven Bewusstsein der Gesellschaft kaum verankert. Die Grenze zwischen pädagogischem und therapeutischem Medikamenteneinsatz wurde durch die Pathologisierung abweichenden oder aufsässigen Verhaltens verwischt. Nicht selten galten Jugendliche als krank, wenn sie straffällig, erziehungsschwierig oder verhaltensauffällig geworden waren. Psychopharmaka wurden daher auch in Heimen umfassend angewandt.

Medikamententest an Kindern

In der Bundesrepublik Deutschland existierten lange Zeit keine Rechtsvorschriften zur Durchführung klinischer Prüfungen. Das Regulierungsdefizit und die Prüfungshoheit der Mediziner waren Ausdruck einer traditionell vorstaatlichen Struktur des Arzneimittelwesens, die dem Staat nur sehr beschränkte Eingriffsmöglichkeiten einräumte. Gesetzlich bindende Vorschriften für die Durchführung klinischer Arzneimittelprüfungen lagen lange Zeit nicht vor. Erst das Arzneimittelgesetz von 1976 erließ hier genauere Rechtsvorschriften. Im Bereich des Arzneimittelwesens war damit zum ersten Mal das Prinzip der freiwilligen und informierten Einwilligung der Probanden gesetzlich statuiert. Bis dahin handelte es sich bei der Prüfung neuer Medikamente um einen rechtlich nicht regulierten Bereich.

Konsens der Konferenz im Mai 2017 war unter Einbeziehung der Ergebnisse der Vorstudie, dass nunmehr eine wissenschaftliche Aufarbeitung des Themas durch die einzelnen Einrichtungen erfolgen sollte.

Um dies zu erreichen wurden durch das damalige Gesundheitsministerium neben den an den beiden Konferenzen beteiligten auch weitere Träger und Einrichtungen angeschrieben, bei denen vermutet wurde, dass dort im fraglichen Zeitraum Kinder und Jugendliche behandelt worden sein könnten. Sie wurden unter anderem darum gebeten zu prüfen, ob Erkenntnisse hinsichtlich eines über die individuelle Heilbehandlung hinausgehenden Medikamenteneinsatzes bei Kindern und Jugendlichen vorliegen und ob Unterlagen aus dem fraglichen Zeitraum überhaupt noch vorhanden sind.

Zudem wurden der Kreis Herford, der Rhein-Sieg-Kreis und die Stadt Remscheid gebeten, ebenfalls zu prüfen, ob sich aus den dort vorhandenen Unterlagen Erkenntnisse hinsichtlich eines über die individuelle Heilbehandlung hinausgehenden Medikamenteneinsatzes in den in ihrem Zuständigkeitsbereich ansässigen Einrichtungen ergeben. Der Rhein-Sieg-Kreis und die Stadt Remscheid haben geantwortet, dass dort keine Hinweise auf ein solches Vorgehen in den Einrichtungen ihres Aufsichtsgebietes vorlägen. Der Kreis Herford gab die Anfrage des MAGS direkt an die in seinem Aufsichtsgebiet angesiedelte Einrichtung weiter. Die Antwort der Einrichtung liegt dem MAGS vor. Damit liegen dem MAGS Antworten von insgesamt 50 Trägern und Einrichtungen vor.

Vom damaligen Gesundheitsministerium wurden im Jahr 2017 ebenfalls 16 Pharmaunternehmen sowie 3 Verbände der pharmazeutischen Industrie mit der Intention angeschrieben, eine Kooperationsbereitschaft der Pharmaindustrie bezüglich der Zurverfügungstellung von für die Aufarbeitung der hiesigen Einrichtungen und Träger notwendigen Unterlagen herzustellen. Die pharmazeutischen Unternehmen und Verbände signalisierten die Bereitschaft, sofern noch Unterlagen vorhanden seien, die betreffenden Träger und Einrichtungen bei deren Aufarbeitung zu unterstützen.

Nachdem einige der im Jahr 2017 angeschriebenen Träger und Einrichtungen teilweise mehrfach durch das MAGS mit der Bitte um Antwort angeschrieben wurden, ist der Rücklauf seit Beginn dieses Jahres abgeschlossen. Aus Sicht des MAGS wäre es wünschenswert gewesen, wenn die Antworten der Einrichtungen zügiger eingegangen wären.

Im Ergebnis sind laut Eigenauskünften 15 Träger und Einrichtungen nicht betroffen, 18 haben nach dem Ende der gesetzlichen Aufbewahrungsfrist keine Akten aus diesem Zeitraum mehr, zwölf haben nach Prüfung noch vorliegender Unterlagen keine Hinweise für ein solches Vorgehen in dem genannten Zeitraum gefunden und fünf haben externe Wissenschaftler mit Forschungsprojekten zur Aufarbeitung der Thematik beauftragt (siehe anliegende Synopse sowie die beigefügten Anlagen).

Die Forschungsprojekte sind aktuell alle abgeschlossen. Beispiele für Untersuchungen, die bereits veröffentlicht wurden, sind:

„Die Verbreiterung der ‚pädagogischen Angriffsfläche‘. Eine medizinisch-psychologische Untersuchung in der rheinischen öffentlichen Erziehung aus dem Jahr 1966“, von Dr. Uwe Kaminsky, erschienen im Sammelband „Verspätete Modernisierung. Öffentliche Erziehung im Rheinland – Geschichte der Heimerziehung in Verantwortung des Landesjugendamtes (1945-1972)“, herausgegeben von Andreas Henkelmann, Uwe Kaminsky, Judith Pierlings, Sarah Banach, Thomas Swiderek, [2010].

„Psychiatrie- und Gewalterfahrungen von Kindern und Jugendlichen im St. Johannes-Stift in Marsberg (1945-1980) – Anstaltsalltag, individuelle Erinnerung, biographische Verarbeitung“ von Prof. Dr. Franz-Werner Kersting und Prof. Dr. Hans-Walter Schmuhl am LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte, [2017].

Die übrigen Projekte werden nach Auskunft der Träger und Einrichtungen noch im Jahr 2020 veröffentlicht (siehe anliegende Synopse sowie die beigefügten Anlagen).

Unabhängig davon konnte durch einen bundesweit von Bund, Ländern und Kirche eingerichteten „Fonds Heimerziehung“ (<https://www.fonds-heimerziehung.de/>) in den Jahren 2012 bis 2016 ehemaligen Heimkindern, die während ihres Heimaufenthalts Leid und Unrecht erfahren haben, Unterstützung gegeben werden.

Ebenso können Menschen, die als Kinder und Jugendliche in der Zeit vom 23. Mai 1949 bis zum 31. Dezember 1975 in der Bundesrepublik Deutschland bzw. vom 7. Oktober 1949 bis zum 2. Oktober 1990 in der DDR in stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe oder der Psychiatrie Leid und Unrecht erfahren haben und heute noch an Folgewirkungen leiden, durch die „Stiftung Anerkennung und Hilfe“ (www.stiftung-erkennung-und-hilfe.de) Anerkennungsleistungen erhalten.

Aufgrund des nunmehr geltenden EU- und Bundesrechts sind gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen, um derartigen Missbräuchen vorzubeugen.

Die bislang vorliegenden Informationen lassen den Schluss zu, dass Betroffenen in Einrichtungen auch in Nordrhein-Westfalen in den o.g. Zeiträumen – auch durch die medizinisch nicht indizierte Verabreichung von Arzneimitteln – schweres Leid zugefügt wurde.

Welche weiteren Maßnahmen landesseitig ergriffen werden sollten, ist nach Vorlage der noch ausstehenden Studien, die 2020 erscheinen sollen, zu entscheiden.

Synopse

lfd. Nr.	Einrichtung	Datum / Daten Anschreiben MAGS	Datum / Daten Antwortschreiben Träger / Einrichtung	Antwort Träger / Einrichtung (Kurzfassung)
1	Alexianer GmbH	10.04.2017	28.04.2017	nicht betroffen, da in dem Zeitraum keine Kinder behandelt wurden
2	Alexianer Krefeld GmbH	10.04.2017, 19.03.2019	01.04.2019	nicht betroffen, da in dem Zeitraum keine Kinder behandelt wurden
3	Arme Dienstmägde Jesu Christi / Kloster Maria Hilf	10.04.2017	13.04.2017	keine Akten mehr vorhanden
4	Augusta-Kranken-Anstalt gGmbH	10.04.2017, 19.03.2019, 16.10.2019	24.10.2019	nicht betroffen, da in dem Zeitraum keine Kinder behandelt wurden
5	Bergische Diakonie Aprath	10.04.2017, 02.12.2019	10.12.2019	eine Prüfung der Akten hat keine Hinweise auf Medikamententests ergeben
6	Caritas Wohn- und Werkstätten Niederrhein gGmbH	10.04.2017	20.04.2017	nicht betroffen, da reine Wohneinrichtung
7	Caritasverband Rhein-Sieg e.V.	10.04.2017, 19.03.2019	26.03.2019	nicht betroffen, da sich in dem Zeitraum keine entsprechende Einrichtung in der Trägerschaft befand
8	Deutscher Orden Ordenswerke / Haus Maria Helferin	07.04.2017	15.05.2017	keine Akten mehr vorhanden

Synopse

9	Diözesan-Caritasverband Köln	10.04.2017, 19.03.2019	17.04.2019	keine Akten mehr vorhanden
10	Diakonieverbund Schweicheln (gleichzeitig Rückmeldung Kreis Herford)	durch Kreis Herford, der am 10.04.2017 angeschrieben wurde	16.04.2019	eine Prüfung der Akten hat keine Hinweise auf Medikamententests ergeben
11	Ev. Johanneswerk e.V.	07.04.2017	24.05.2017	nicht betroffen, da in dem Zeitraum keine Kinder behandelt wurden
12	Ev. Krankenhausgesellschaft Herne Castrop-Rauxel gGmbH	07.04.2017	18.05.2017	eine Prüfung der Akten hat keine Hinweise auf Medikamententests ergeben
13	Evangelische Stiftung Hephata	07.04.2017	18.04.2017	keine Akten mehr vorhanden
14	Evangelisches Perthes-Werk e.V.	07.04.2017, 19.03.2019	28.03.2019	keine Akten mehr vorhanden
15	Fachklinik Curt-von-Knobelsdorff-Haus	10.04.2017 19.03.2019	04.04.2019	nicht betroffen, da in dem Zeitraum keine Kinder behandelt wurden
16	Fachklinik Spielwigge GmbH & Co.KG	07.04.2017	15.04.2017	nicht betroffen, da in dem Zeitraum keine Kinder behandelt wurden

Synopse

17	Franz Sales Haus	10.04.2017, 19.03.2019, 25.11.2019	05.04.2019, 10.12.2019	Veröffentlichung des Forschungsprojektes Ende Februar / Anfang März 2020
18	Graf Recke Stiftung	10.04.2017, 19.03.2019	08.04.2019	„Die Verbreiterung der ,pädagogischen Angriffsfläche‘. Eine medizinisch-psychologische Untersuchung in der rheinischen öffentlichen Erziehung aus dem Jahr 1966“, von Dr. Uwe Kaminsky
19	HELIOS Kliniken GmbH	10.04.2017, 19.03.2019	24.04.2019	keine Akten mehr vorhanden
20	HPZ St. Laurentius Warburg	07.04.2017	31.05.2017	eine Prüfung der Akten hat keine Hinweise auf Medikamententests ergeben
21	Kaiserswerther Diakonie	10.04.2017	26.04.2017	keine Akten mehr vorhanden
22	Katharina Kasper ViaNobis GmbH	10.04.2017, 19.03.2019, 17.10.2019, 02.12.2019	09.12.2019	eine Prüfung der Akten hat keine Hinweise auf Medikamententests ergeben

Synopse

23	Katholische Hospitalvereinigung Weser – Egge gGmbH	07.04.2017	24.04.2017	nicht betroffen, da in dem Zeitraum keine Kinder behandelt wurden
24	Katholische Kliniken Ruhrhalbinsel	10.04.2017, 19.03.2019, 16.10.2019	08.11.2019	eine Prüfung der Akten hat keine Hinweise auf Medikamententests ergeben
25	Katholisches Klinikum Bochum gGmbH	07.04.2017	10.05.2017	keine Akten mehr vorhanden
26	Katholisches Klinikum Essen GmbH	07.04.2017	23.05.2017	nicht betroffen, da in dem Zeitraum keine Kinder behandelt wurden
27	Katholisches Klinikum Oberhausen	07.04.2017	18.05.2017	keine Akten mehr vorhanden
28	Klinikum Westmünsterland GmbH	07.04.2017	17.05.2017	keine Akten mehr vorhanden
29	Knappschaftskrankenhaus Bottrop GmbH	07.04.2017	24.05.2017	nicht betroffen ("Fehlanzeige")
30	Landschaftsverband Rheinland	10.04.2017, 19.03.2019, 17.10.2019	10.01.2020	Veröffentlichung des Forschungsprojektes in 2020

Synopse

31	Landschaftsverband Westfalen-Lippe	10.04.2017, 19.03.2019	05.05.2017	„Psychiatrie- und Gewalterfahrungen von Kindern und Jugendlichen im St. Johannes-Stift in Marsberg (1945-1980) – Anstaltsalltag, individuelle Erinnerung, biographische Verarbeitung“ von Prof. Dr. Franz-Werner Kersting und Prof. Dr. Hans-Walter Schmuhl am LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte
32	Marienborn gGmbH	10.04.2017	13.04.2017	nicht betroffen, da in dem Zeitraum keine Kinder behandelt wurden
33	Märkische Kliniken GmbH, Iserlohn	10.04.2017, 16.10.2019	28.10.2019	nicht betroffen, da Einrichtung in dem Zeitraum nicht existent
34	Märkische Kliniken GmbH, Lüdenscheid	10.04.2017, 19.03.2019	02.04.019	nicht betroffen, da Einrichtung in dem Zeitraum nicht existent
35	pro homine gGmbH – Krankenhäuser und Senioreneinrichtungen Wesel-Emmerich/Rees gGmbH	10.04.2017, 19.03.2019	28.03.2019	keine Akten mehr vorhanden

Synopse

36	Rhein Sieg Kreis	10.04.2017	08.06.2017	keine Hinweise in den Archivakten
37	Sozialwerk St. Georg	10.04.2017	13.11.2019	nicht betroffen, da in dem Zeitraum keine Kinder behandelt wurden
38	St. Augustinus-Kliniken gGmbH	10.04.2017, 19.03.2019	08.04.2019	nicht betroffen, da Einrichtung in dem Zeitraum nicht existent
39	St. Franziskus-Stiftung Münster	10.04.2017	08.04.2019	keine Akten mehr vorhanden
40	St. Vincenz-Gesellschaft mbH / St. Franziskus-Hospital Ahlen	10.04.2017	31.05.2017	keine Akten mehr vorhanden
41	St. Vincenz-Krankenhaus GmbH	10.04.2017	26.04.2017	keine Akten mehr vorhanden
42	Stadt Remscheid	10.04.2017	24.04.2017	keine Hinweise in den Archivakten
43	Stift Tilbeck GmbH	10.04.2017, 19.03.2019	21.06.2019	eine Prüfung der Akten hat keine Hinweise auf Medikamententests ergeben
44	Stiftung Eben-Ezer	10.04.2017, 13.06.2017, 19.03.2019	20.12.2019	eine Prüfung der Akten hat keine Hinweise auf Medikamententests ergeben

Synopse

45	Stiftung Haus Hall	07.04.2017	11.05.2017	eine Prüfung der Akten hat keine Hinweise auf Medikamententests ergeben
46	Theodor Fliedner Stiftung	10.04.2017, 30.10.2019	21.11.2019	eine Prüfung der Akten hat keine Hinweise auf Medikamententests ergeben
47	Universitätsklinikum Bonn	10.04.2017	04.05.2017	keine Akten mehr vorhanden
48	Universitätsklinikum Köln	10.04.2017, 13.06.2017 02.12.2019	06.01.2020	eine Prüfung der Akten hat keine Hinweise auf Medikamententests ergeben
49	Universitätsklinikum Münster AöR	07.04.2017, 19.03.2019	17.04.2019	keine Akten mehr vorhanden
50	Vestische Kinder- und Jugendklinik Datteln	07.04.2017	02.05.2017	keine Akten mehr vorhanden
51	Von Bodelschwingsche Stiftung Bethel	07.04.2017, 06.11.2019	18.11.2019, 31.01.2020	Veröffentlichung des Forschungsprojektes im 2. Quartal 2020
52	Wittekindshof- Diakonische Stiftung	10.04.2017	07.07.2017	eine Prüfung der Akten hat keine Hinweise auf Medikamententests ergeben



Alexianer

Die Dachgesellschaft der
Alexianer-Einrichtungen

Alexianer GmbH / Alexianerweg 9 / 48163 Münster

MGEPA Nordrhein-Westfalen

Postfach
40190 Düsseldorf

02. MAI 2017 2
22
221

815
WR

[Redacted]

Münster, 28.04.2017



**Verdacht auf Medikamententests an Heimkindern in NRW im Zeitraum
1957 bis 1972**

Sehr geehrte [Redacted]

diese Antwort ergeht im Namen der folgenden Einrichtungen der Alexianer:

- Alexianer Krankenhaus Aachen
- Alexianer Krankenhaus Köln
- Alexianer Krankenhaus Krefeld
- Alexianer Krankenhaus Münster

Im Zeitraum 1957 bis 1972 wurden in den o.g. Einrichtungen regelhaft keine Kinder und Jugendliche behandelt.

Mit freundlichen Grüßen

[Redacted signature]

[Redacted footer]

TU 05. APR. 2019
TU 3 08. APR. 2019
TU 35



ALEXIANER KREFELD GMBH / Postfach 10 12 51 / 47712 Krefeld

Regionalgeschäftsführung

Ministerium für Arbeit, Gesundheit
und Soziales des Landes NRW
Fürstenwall 25
40219 Düsseldorf



[Redacted]

Krefeld, 01.04.2019

X 09.04. 2 kol
[Redacted]

**Verdacht auf Medikamententests an Heimkindern in NRW im Zeitraum 1957 bis 1972
(Veröffentlichung von Frau Sylvia Wagner: „Ein unterdrücktes und verdrängtes
Kapitel der Heimgeschichte“)**

Ihr Schreiben vom 19.03.2019
AZ: G.0611

Sehr geehrter [Redacted]

wir nehmen Bezug auf Ihr obiges Schreiben und teilen Ihnen dazu mit, dass uns leider kein Schreiben Ihrerseits vom 07.04.2017 vorliegt.

In Beantwortung Ihres Schreibens teilen wir Ihnen jedoch gerne mit, dass in dem o. g. Zeitraum keine Kinder und Jugendliche in unserer Einrichtung behandelt wurden.

Leider liegen aufgrund der Verjährungsfrist von 30 Jahren auch keine Patientenakten aus diesem Zeitraum mehr vor.

Mit freundlichen Grüßen
Alexianer Krefeld GmbH

[Redacted signature]



ADJC

3

Arme Dienstmägde
Jesu Christi e.V.



Ministerium für Gesundheit, Emanzipation,
Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen
18. APRIL 2017
Abt. Anl. Blatt/Heft

Kloster Maria Hilf · Katharina-Kasper-Straße 10 · 56428 Dernbach

Kloster Maria Hilf
Katharina-Kasper-Straße 10
56428 Dernbach

Ministerium für Gesundheit,
Emanzipation, Pflege und Alter
des Landes Nordrhein-Westfalen

[Redacted]

Horionplatz 1
40213 Düsseldorf

[Redacted]
[Redacted]
[Redacted]

18. APR. 2017 2 *Hu*
Ho 22
221 *VST* 1814
b. beyw.

13. April 2017

[Redacted]

Ihr Schreiben vom 07.04.2017
bezüglich Verdacht auf Medikamententests an Heimkindern in NRW
im Zeitraum 1957 bis 1972

Sehr geehrte [Redacted]

in Beantwortung Ihres im Betreff genannten Schreibens erlaube ich mir mitzuteilen, dass nach den uns vorliegenden Informationen in unserem damaligen, in Gangelt gelegenen Krankenhaus eine Station zur Behandlung von Kindern und Jugendliche existent war. Von wann bis wann diese Station betrieben wurde, lässt sich von unserer Seite jedoch nicht mehr genau rekonstruieren.

In diesem Zusammenhang erlaube ich mir darauf hinzuweisen, dass unsere Ordensgemeinschaft die Trägerschaft sämtlicher damaligen Einrichtungen bereits vor geraumer Zeit an eigenständige GmbH's abgegeben hat, so dass hier über den fraglichen Zeitraum allenfalls rudimentär Informationen vorliegen und überhaupt keine, Ihre Fragestellung betreffenden Unterlagen..

Die Trägerschaft des Krankenhauses in Gangelt wurde beispielsweise an die Katharina Kasper ViaNobis GmbH, Katharina-Kasper-Str. 6, 52538 Gangelt übertragen, so dass ich Sie darum ersuchen darf, sofern Sie weitergehende Informationen benötigen sollten, sich direkt dorthin zu wenden.

Mit freundlichen Grüßen

[Redacted signature]

[Redacted address]

[Redacted footer]

VERWALTUNG



Geschäftsführung & Personalmanagement

Augusta-Kranken-Anstalt gGmbH - 44782 Bochum

Ministerium für Arbeit, Gesundheit
und Soziales NRW
40190 Düsseldorf

[Redacted]

Sekretariat
☎ [Redacted]

Ihr Schreiben vom 16.10.2019
AZ: G0611

Ev. Stiftung Augusta
Vorstand

[Redacted]

Akademische Lehrkrankenhäuser
Seniorenheime
Ambulante Dienste
Kurzzeit- und Tagespflege
Akademie
Gesundheitszentren
Versorgungsdienste

Sehr geehrte Damen und Herren,

bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 16.10.2019 möchten wir Ihnen mitteilen, dass uns zu dem in Ihrem Schreiben genannten Thema keinerlei Hinweise vorliegen. Zudem werden in unserem Krankenhaus keine Kinder behandelt.

Augusta Kliniken

Augusta-Kranken-Anstalt
Bergstraße 26
44791 Bochum
☎ 0234 517-0
Fax 0234 517-1372

Dr.-C.-Otto-Str. 27
44879 Bochum
☎ 0234 517-3
Fax 0234 517-4338

www.augusta-bochum.de
info@augusta-bochum.de

HRB Bochum 3707
IK 260590106

Mit freundlichen Grüßen

[Redacted]
Geschäftsführung
Personalleitung

[Redacted]

EvK Hattingen
Bredenscheider Str. 54
45525 Hattingen
☎ 02324 502-0
Fax 02324 502-252

post@krankenhaus-hattingen.de
www.krankenhaus-hattingen.de

HRB Essen 15201
IK 260590561

Ministerium für Arbeit,
Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen

11. Dez. 2019

..... Anl. Akt.Ht.

Bergische Diakonie Aprath, Otto-Ohl-weg 10, 42489 Wülfrath
28 42C4 1B06 B9 E000 0097
DV 12.19 0,80 Deutsche Post
K4000

Ohne Kennn... AT: IV weiter
11. DEZ 2019
12. DEZ 2019
135/16/12

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Nordrhein-Westfalen
[Redacted]
40190 Düsseldorf

[Redacted]
[Redacted]
[Redacted]
[Redacted]
[Redacted]

h. Berger

10.12.2019

**Verdacht auf Medikamententests an Heimkindern in NRW im Zeitraum 1957 bis 1972
(Veröffentlichung von Frau Sylvia Wagner: "Ein unterdrücktes und verdrängtes Kapitel
der Heimgeschichte")**

hier: Ihre Anfrage vom 07.04.2017, Aktenzeichen 221; unser Antwortschreiben vom 20.06.2017;
Ihr Schreiben vom 29.11.2019, Aktenzeichen G.06117/Kinderheime

Sehr geehrte [Redacted]

bezugnehmend auf im Betreff genannten Schriftverkehr ergaben sich im Rahmen der Archiv-
recherche auch weiterhin keine Hinweise, dass in unseren Einrichtungen Medikamententests
durchgeführt wurden.

Mit freundlichen Grüßen

Bergische Diakonie Aprath

[Redacted Signature]

[Redacted Name]
Vorstand

[Redacted Footer]



Caritas Wohn- und Werkstätten Niederrhein gGmbH
Postfach 10 12 52, 47402 Moers

Caritas Wohn- und Werkstätten
Niederrhein gGmbH

MGEPA Nordrhein-Westfalen

[Redacted]

40190 Düsseldorf



21. APR. 2017 2 An
h
22
221
VSP 24/4

Geschäftsführung

Wi/we 20.04.2017

Verdacht auf Medikamententests an Heimkindern in NRW im Zeitraum 1957 bis 1972 / Ihr Schreiben vom 07.04.2017 / AZ 221 -

Anschrift
Gutenbergstraße 36
47443 Moers

[Redacted]

www.cwwn.de

Sehr geehrte [Redacted]
sehr geehrte Damen und Herren,

mit oben genanntem Schreiben baten Sie uns um Mithilfe zum Thema Einsatz von Arzneimitteln bei Kindern und Jugendlichen im Zeitraum 1957 bis 1972.

Bei der Caritas Wohn- und Werkstätten Niederrhein gGmbH handelt es sich um eine Gesellschaft, die Arbeitsplätze und Wohnangebote für Menschen mit Behinderung anbietet. Im angegebenen Zeitraum (1957 - 1972) bestanden lediglich *beschützende* Werkstätten in kleinerem Umfang und die Wohneinrichtung St. Bernardin in Sonsbeck-Hamb. Diese Wohneinrichtung diente ausschließlich Wohnzwecken. Eine individuelle, insbesondere medikamentöse Heilbehandlung wurde hier zu keinem Zeitpunkt durchgeführt.

Bankverbindungen

[Redacted]

Aus diesem Grunde sind auch keine Akten (Patientenakten, Geschäftsunterlagen etc.) vorhanden, die Aufschluss über den Umgang mit Arzneimitteln im Einzelnen oder im Allgemeinen geben könnten.

Geschäftsangaben

[Redacted]

Wir hoffen, Ihr Anliegen hiermit beantwortet zu haben und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

[Redacted signature]



Ministerium für Arbeit,
Gesundheit und Soziales NRW
40190 Düsseldorf

h.v.

Ministerium für Arbeit,
Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen

27. März 2019

..... Anl. Akt.Ht.

[Redacted]

*28.03. Herr [Redacted], R & K
aus der z. Kol. Herr
[Redacted]*

Ihr Zeichen
G.0611

Ihr Schreiben vom
19.03.2019

Unsere Zeichen Bearbeiter

Datum
26.03.2019

**Ihr Schreiben vom 19. März 2019
Verdacht auf Medikamententest an Heimkindern in NRW im Zeitraum**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Caritasverband Rhein-Sieg e.V. wurde erst im Jahr 1968 gegründet. In dem von Ihnen genannten Zeitraum war keine entsprechende Einrichtung in der Trägerschaft des Verbandes.

Mit freundlichen Grüßen

i.A.

[Redacted signature]

Leitung

Ministerium für Gesundheit, Emanzipation,
Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen
15. Mai 2017
Abl. Anl. Blatt/Heft



Haus Maria Helferin • Schwanenhaus 66 • 41334 Nettetal

Ministerium für Gesundheit, Emanzipation,
Pflege und Alter des Landes Nordrhein-
Westfalen

40190 Düsseldorf

15. MAI 2017 2
h- 22
221 v 01615

Geschäftsbereich
Behindertenhilfe

Haus Maria Helferin
Schwanenhaus 66
D - 41334 Nettetal

Tel.: 02157 8168 - 0
Fax: 02157 8168 - 25
www.einrichtung-der-
behindertenhilfe.de

Ihr Zeichen: 221 vom 07.04.2017

Betrifft: **Verdacht auf Medikamententests an Heimkindern
in NRW im Zeitraum 1957 bis 1972**

[Redacted]
[Redacted]
[Redacted]
[Redacted]
[Redacted]
IBAN: [Redacted]
DE44 2205 0000 0089 3011 74

Sehr geehrter [Redacted]

bezüglich Ihrer Anfrage möchte ich Ihnen folgendes mitteilen.

Die Einrichtung Haus Maria Helferin ist seit 1995 in Trägerschaft
des Deutschen Orden K.d.ö.R.

Das Haus Maria Helferin firmierte von 1945 bis 1969 unter
Heilstätte „Maria Helfern“ unter Trägerschaft der Schwestern U.L.
Frau.

Von 1969 bis 1999 war „Maria Helferin“ Psychiatrisches
Kinderkrankenhaus unter Trägerschaft der Schwestern U.L. Frau.

In den Jahren bis 1969 wurden Kinder mit Tuberkulose im Rahmen
einer „Kur“ betreut.

Ab 1969 wurden geistig behinderte Kinder und Jugendliche im
Psychiatrischen Kinderkrankenhaus „Maria Helferin“ betreut.

Für den angegebenen Zeitraum (1957 – 1972) sind nach 45
Jahren keine Akten mehr vorhanden und es liegen keine
Erkenntnisse/ Anhaltspunkte über den Einsatz von Medikamenten
vor, die über die individuelle Heilbehandlung hinausgehen!

Für Nachfragen stehe ich gerne zur Verfügung!

Mit freundlichen Grüßen

[Redacted signature]

Träger der Einrichtung

Deutscher Orden
Ordenswerke
Klosterweg 1
D-83629 Weyarn

[Redacted]
[Redacted]
[Redacted]
[Redacted]

caritas

TU } Rei:K
TU B } 24. Apr. 2019
TU B5 }
K 25/4



Diözesan-
Caritasverband für das
Erzbistum Köln e.V.

Diözesan-Caritasdirektor

Diözesan-Caritasverband e.V. · Postfach 10 09 52 · 50449 Köln

Ministerium für Arbeit, Gesundheit
und Soziales des Landes NRW

Fürstenwall 25
40290 Düsseldorf

Georgstraße 7, 50676 Köln
Telefon-Zentrale 0221 2010-0



www.caritasnet.de
www.beratungs-caritasnet.de

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben vom

Unsere Zeichen

Datum

Du

17.04.2019

**Ihr Schreiben vom 19. März 2019
Aktenzeichen G.0611 Kinderheime
Verdacht auf Medikamententests an Heimkindern in NRW im Zeitraum 1957 - 1972**

Sehr geehrter [redacted]

vielen Dank für Ihr Schreiben in der oben bezeichneten Angelegenheit. Ihr Schreiben vom 07.04.2017, auf das Sie Bezug nehmen, liegt uns leider nicht vor. Die zuständige Fachabteilung hat Ihr Erinnerungsschreiben nun zum Anlass genommen, Ihren Fragen nachzugehen. Die Aufarbeitung etwaiger Vorfälle ist auch uns ein großes Anliegen. Nachstehend lesen Sie das Ergebnis unserer bisherigen Recherche.

Der Diözesan-Caritasverband (DiCV) für das Erzbistum Köln e. V. ist der Dachverband der katholischen Wohlfahrtspflege im Erzbistum Köln, Stationäre Einrichtungen der Jugendhilfe hat er zu keiner Zeit in eigener Trägerschaft geführt. Da die Aufgaben und Zuständigkeiten zwischen dem DiCV und seinen Mitgliedsorganisationen nach dem Subsidiaritätsprinzip geregelt sind, arbeiten die untergeordneten Einheiten rechtlich selbstständig. Das hat zur Folge, dass der DiCV keine Einrichtungsakten archiviert.

Eine schriftliche Abfrage bei den derzeit rund dreißig katholischen Trägern stationärer Einrichtungen der Jugendhilfe im Erzbistum Köln hat keine Hinweise auf regelhafte Medikamententests erbracht. Ein Teil der stationären Einrichtungen hat erst nach 1972 den Betrieb aufgenommen. Bei vielen anderen befragten Einrichtungen gab es in den vergangenen Jahrzehnten einen Trägerwechsel. Dabei wurden abgeschlossene Akten oft nicht mehr übergeben, da die gesetzliche Aufbewahrungsfristen erreicht waren. In vereinzelt Einrichtungen sind noch Akten für den von Ihnen genannten Zeitraum vorhanden. Daraus sind uns keine Hinweise auf Medikamententests an Kindern und Jugendlichen bekannt geworden.

Mit der schriftlichen Abfrage haben wir die Träger gebeten, die Fachabteilung sofort zu informieren, falls künftig doch noch Hinweise auf Medikamententests auftauchen sollten. Solche Hinweise würden wir Ihnen dann selbstverständlich zur Verfügung stellen.

Pax-Bank Köln
IBAN: DE97 3706 0193 0020 6000 12
BIC: GENODED1PAX
Kto: 20 600 012 | BLZ: 370 601 93

Kreissparkasse Köln
IBAN: DE33 3705 0299 0000 0045 72
BIC: COKSDE33
Kto: 4572 | BLZ: 370 502 99

Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE46 3702 0500 0001 0632 00
BIC: BFSWDE33XXX
Kto: 1 063 200 | BLZ: 370 205 00

Zudem haben wir das Historische Archiv des Erzbistums Köln gebeten zu prüfen, ob dort noch Unterlagen über Träger der stationären Hilfen der Caritas im Erzbistum Köln oder Akten über Heimkinder aus dem Zeitraum 1957 - 1972 lagern und ob diese Hinweise und Erkenntnisse zu Medikamententests enthalten. Eine Antwort steht noch aus, wir informieren Sie nach Abschluss der Prüfung über das Ergebnis.

Für Rückfragen in der Sache wenden Sie sich bitte an den zuständigen Referenten in der Abteilung Jugend und Familie des DiCV, [REDACTED]

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]

[REDACTED]

105 Jahre
Diakonieverbund
Schweicheln e.V.

Diakonieverbund Schweicheln e.V. • Verbundstraße 1 • 32120 Hiddenhausen

Kreis Herford
Jugend und Familie
Amthausstr. 3
32051 Herford

KREIS HERFORD
EING. 24. APR. 2019

Vorstand

[Redacted]
Telefon: [Redacted]
Telefax: [Redacted]
EMail: [Redacted]
Internet: www.diakonieverbund.de

Datum: 16.04.2019

Ihre E-Mail vom 11.04.2019 – Medikamententests an Heimkindern

Sehr geehrter [Redacted]

ein entsprechendes Schreiben vom Ministerium hat der Diakonieverbund Schweicheln meines Wissens nicht erhalten. Die Thematik der Medikamententests an Heimkindern ist mir bekannt. Die Untersuchungen unserer vorhandenen umfangreichen Heimakten im Zusammenhang der Diskussion zur Aufarbeitung der Heimerziehung der 50er und 60er Jahre haben keine Anhaltspunkte für Medikamententests in unserer Einrichtung ergeben.

Sollten Sie weitere Informationen benötigen, wenden Sie sich gerne an mich.

Mit freundlichem Gruß

[Handwritten Signature]
[Redacted]



Ev. Johanneswerk e.V. * Schildescher Str. 101-103 * 33611 Bielefeld

29. MAI 2017
2
22
221 vst 3115

Vorsitzender
des Vorstands

An das Ministerium für
Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter
des Landes Nordrhein-Westfalen

Horionplatz 1
40213 Düsseldorf

Ministerium für Gesundheit, Emanzipation,
Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen

29. Mai 2017

Abl. Anl. Blatt/Heft

[Redacted signature area]

24.05.2017

Verdacht auf Medikamententests

Ihr Schreiben vom 7. April 2017

Sehr geehrter

aufgrund Ihrer o.g. Anfrage haben wir überprüft, welche Krankenhäuser und Kliniken in den Jahren 1957 bis 1972 zum Ev. Johanneswerk gehörten. Es handelt sich dabei um folgende Häuser: Klinik Wittgenstein in Bad Berleburg, Sanatorium Ebenhausen im gleichnamigen Ort, Sanatorium Malterlehen bei Berchtesgaden, Klinik am Hellweg in Oerlinghausen, Ev. Krankenhaus in Wanne-Eickel und Ev. Johannes-Krankenhaus in Bielefeld. Die Sanatorien Ebenhausen und Malterlehen sowie die Klinik am Hellweg waren Fachkliniken für Erwachsene, die mittlerweile nicht mehr zum Johanneswerk gehören. Das Ev. Krankenhaus Wanne-Eickel und das Ev. Johannes-Krankenhaus waren Allgemeinkrankenhäuser. Das Krankenhaus Wanne-Eickel wurde schon 1970 vom Johanneswerk an den Ev. Kirchenkreis Herne zurückgegeben. Das ehemalige Johannes-Krankenhaus ist heute Teil des Evangelischen Klinikums Bethel. In der Trägerschaft des Ev. Johanneswerks befindet sich noch die Klinik Wittgenstein. Es handelt sich um ein Krankenhaus für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie, das erwachsene Patienten aufnimmt und auch früher keine Abteilung für Kinder und Jugendliche hatte.

In keinem der Häuser wurden Kinder und Jugendliche „regelhaft“ behandelt. Erkenntnisse darüber, dass in den genannten Häusern in dem fraglichen Zeitraum Arzneimittel in einem über die individuelle Heilbehandlung hinausgehenden Umfang zum Einsatz gekommen sind, liegen uns nicht vor. Eigene Untersuchungen zur von Ihnen angefragten Thematik führen wir derzeit nicht durch und haben solche derzeit auch nicht geplant.

Für Rückfragen wenden Sie sich gern an den Unterzeichner.

Mit freundlichen Grüßen

[Redacted signature]

[Redacted contact information]



Einrichtung
der Diakonie



Ev. Krankenhausgemeinschaft . Postfach 101249 . 44602 Herne

MGEPA Nordrhein-Westfalen

40190 Düsseldorf

Handwritten notes:
23. MAI 2017
VG 3115

Geschäftsführung

18.05.2017/bi-kpa

Verdacht auf Medikamententests an Heimkindern in NRW im Zeitraum 1957 bis 1972
(Veröffentlichung von Frau Sylvia Wagner: „Ein unterdrücktes und verdrängtes
Kapitel der Heimgeschichte“)

Sehr geehrte

in der vorbezeichneten Angelegenheit nehmen wir Bezug auf Ihr Schreiben vom
07.04.2017 und teilen Ihnen mit, dass in unseren Krankenhäusern

- Ev. Krankenhaus Herne nebst der Betriebsstelle Herne-Eickel und
- Ev. Krankenhaus Castrop-Rauxel

keine Anhaltspunkte vorliegen, dass Medikamententests an Heimkindern in dem Zeitraum
1957 bis 1972 durchgeführt worden sind.

Mit freundlichen Grüßen



Ministerium für Gesundheit, Emanzipation,
Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen
26. April 2017
Abl. Anl. Blatt/Heft

Evang. Stiftung Hephata Wohnen gGmbH - Postfach 10 12 08 - 41012 Mönchengladbach

Evangelische Stiftung Hephata
Wohnen gemeinnützige GmbH
Geschäftsleiterin

MGEPA
Nordrhein – Westfalen

40190 Düsseldorf

[Redacted]
Hephataallee 4
41065 Mönchengladbach
Telefon [Redacted]
Internet: <http://www.hephata-wohnen.de>
Mönchengladbach, den 18.04.2017

h.w.v.
26. APR. 2017 2
22
221 v. 815

Sehr geehrte [Redacted]

auf das Schreiben von [Redacted] in 07.04.2017 möchten wir Ihnen mitteilen, dass es nach unserem heutigen Erkenntnisstand bei der Evangelischen Stiftung Hephata **keinen** über die individuelle Heilbehandlung hinausgehenden Einsatz von Arzneimitteln gegeben hat.

Was die Aufbewahrung von Akten angeht, so liegen im Rahmen der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen die s.g. „Heimakten“ vor. Ärztliche Unterlagen sind getrennt davon von den jeweils behandelnden Ärzten verwahrt worden und liegen uns i.d.R. nicht vor.

Freundliche Grüße

[Redacted signature]

[Redacted footer text]

HEPHATA. unternehmen mensch.

TO
TO B
TO B5
01. APR. 2019
02. APR. 2019
ler

14



Evangelische Perthes-Stiftung e. V. • Postfach 20 13 51 • 48094 Münster

Ministerium für Arbeit,
Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen
40190 Düsseldorf



Vorstand

[Redacted]
[Redacted]
[Redacted]
28. März 2019
[Redacted]

Verdacht auf Medikamententests an Heimkindern in NRW im Zeitraum 19157 bis 1972 (Veröffentlichung von Frau Sylvia Wagner: „Ein unterdrücktes und verdrängtes Kapitel der Heimgeschichte“)
Ihre Schreiben vom 07. April 2017 und 19. März 2019

Sehr geehrter [Redacted]
sehr geehrter [Redacted]

hiermit bestätigen wir den Eingang Ihres Schreiben vom 19. März 2019. Zunächst bitten wir zu entschuldigen, dass Ihre Anfrage vom 07. April 2017 aus nicht nachvollziehbaren Gründen bislang nicht beantwortet wurde.

Nach Prüfung der Angelegenheit teilen wir Ihnen mit, dass sich in unserem Hause keine Akten aus dem genannten Zeitraum befinden, die Aufschluss darüber geben, dass in den seinerzeit in unserer Trägerschaft stehenden Einrichtungen Arzneimittel eingesetzt oder Kinder und Jugendliche behandelt wurden. Auch liegen uns Patientenakten nicht vor. Die vorhandenen Geschäftsunterlagen enthalten keinerlei Anhaltspunkte darüber, dass bei Aufnahme einer stationären Behandlung eine schriftliche Vereinbarung (Aufnahmevorgang) abgeschlossen wurde.

Für weitere Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

[Redacted signature]

[Redacted signature]

Handwritten notes: IV, IV3, IV35, 09. APR. 2019, 10. APR. 2019, and a signature.



Blaues Kreuz Diakoniewerk mGmbH · Curt-von-Knobelsdorff-Haus
Hermannstraße 17 · 42477 Radevormwald

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Nordrhein-Westfalen

40190 Düsseldorf

Ministerium für Arbeit,
Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen
09. April 2019
..... Anl. Akt.Ht.

Blaues Kreuz
Diakoniewerk mGmbH

Fachklinik
Curt-von-Knobelsdorff-Haus

IK: 510 535 938 (Reha-Abtg.)
IK: 260 531 115 (Akut-Abtg.)

Hermannstraße 17
42477 Radevormwald
T: 02195 / 672-0
F: 02195 / 672-199
info.cvk@blaues-kreuz.de
www.radevormwald.blaues-kreuz.de

04.04.2019

Aktenzeichen G.0611
Kinderheime

Ihr Schreiben vom 19.03.2019

Sehr geehrte Damen und Herren,

bezüglich Ihrer Fragestellung zum Verdacht auf Medikamententests an Heimkindern in NRW im Zeitraum 1957 - 1972 teilen wir Ihnen Folgendes mit:

Die Fachklinik Curt-von-Knobelsdorff-Haus besteht seit 1964. Sie ist auf die Behandlung von Suchterkrankungen und insbesondere von Alkohol- und Medikamentenabhängigkeit erwachsener abhängigkeiterkrankter Männer (vollstationäre und tagesklinische medizinische Rehabilitation) sowie abhängigkeiterkrankter Frauen und Männer (akutmedizinische Abteilung „Stationäre Motivierung für eine Suchtbehandlung“) spezialisiert.

In unserer Fachklinik wurden nie Kinder und Jugendliche behandelt.

Mit freundlichen Grüßen





FACHKLINIK SPIELWIGGE GmbH & Co. KG · Spielwigge 65 · 58515 Lüdenscheid

MGEPA NRW
Ministerium für Gesundheit NRW



[Redacted]
40190 Düsseldorf

20. APR. 2017 2
[Handwritten initials]
22
221

15.04.2017 / ILL.

Ihr Aktenzeichen: 221 -

Ihre Anfrage vom 07.04.2017 - bzgl. des Verdachts auf Medikamententests an Heimkindern in NRW im Zeitraum 1957 bis 1972

Sehr geehrte [Redacted]

zu dem bedauerlichen Vorkommnissen im Gesundheits- und Betreuungswesen in Deutschland und hier in NRW können wir keinen Beitrag zur Aufklärung bieten.

Die Klinik für Suchtkranke Menschen unter der Federführung des Ev. Perthes Werkes mit Sitz in Münster gibt es seit 1965 und dort wurden ab dem Jahr 1965 bis heute nur Erwachsene Menschen behandelt, niemals Kinder / Minderjährige.

Wir sind seit 1965 bis 2010 eine Klinik für Suchtkranke Männer, die die Volljährigkeit besitzen müssen.

Im Jahr 2009 hat die Karl Wessel GmbH mit Verwaltungssitz in Gelsenkirchen die Fachklinik übernommen.

Seit Dezember 2010 führen wir eine stationäre medizinische Rehabilitation für Abhängigkeitserkrankte Männer und Frauen ab Volljährigkeit durch.

Wir hoffen, wir haben ihnen hiermit bezüglich unserer Klinik ausreichend Antwort gegeben.

Mit freundlichen Grüßen

Fachklinik Spielwigge GmbH & Co. KG

[Redacted signature]

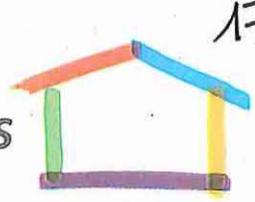
Verwaltung / Patientenmanagement



[Redacted footer text]

17a

Franz Sales Haus



Wohnen, Lernen, Freizeit und Arbeiten für Menschen mit Behinderungen

Franz Sales Haus · Postfach 10 12 44 · 45012 Essen

Zentrale Dienste

Franz Sales Haus

Ministerium für Arbeit, Gesundheit
und Soziales NRW
40190 Düsseldorf



[Redacted contact information]
www.franz-sales-haus.de

TE
TE B
TE BS
08. APR. 2019
09. APR. 2019

i. V. IV BS
09.04.
[Redacted]

05. April 2019, Cz/2.2

Verdacht auf Medikamententests an Heimkindern in NRW im Zeitraum 1957 bis 1972 (Veröffentlichung von Frau Sylvia Wagner: „Ein unterdrücktes und verdrängtes Kapitel der Heimgeschichte“),

Ihre Schreiben vom 07.04.2017 und 19.03.2019

Sehr geehrter [Redacted]

aktuell versuchen wir, näheren Aufschluss über den historischen Kontext und die Durchführung durchgeführter Medikamententests mit dem Neuroleptikum „Decentan“ in Erfahrung zu bringen. Im Hinblick auf die Bedeutung und die ethische Bewertung dieses Medikamentengebrauchs für den Umgang mit Minderjährigen mit Behinderungen und/oder herausforderndem Verhalten haben wir die Ruhr-Universität Bochum mit einem Forschungsprojekt zur Untersuchung der historischen und ethischen Aspekte beauftragt.

Sachakten wie auch Klientenakten betroffener ehemaliger Bewohner befinden sich sowohl in unserem Archiv als auch in einem Aktenkeller der Verwaltung. Im Rahmen des Projektes werden in einem Querschnitt ca. 100 Akten von damaligen Kindern und Jugendlichen besonders hinsichtlich der Frage der Vergabe von Medikamenten beforscht. Auch die Frage von globalisierten Einverständniserklärungen für eine Behandlung wird dabei behandelt.

Bisherige Erkenntnisse deuten auf eine medizinisch camouflierte, doch pädagogisch motivierte Medikamentenvergabe aus Strafgründen. Es fanden auch Versuche mit Medikamenten statt, die sicher den Rahmen einer Heilbehandlung überschritten haben.

Die Studie widmet sich darüber hinaus den Vorgängen im Franz Sales Haus zwischen 1950 und 1970 unter einer explizit ethischen Perspektive. Dabei stellt sich die Frage nach der zeitgenössischen Geltung ethischer Prinzipien. Eruiert wird deshalb, wie sich heute geltende arzneimittel- und forschungsethische Standards (freiwillige

Trägerverein für das Franz Sales Haus zu Essen

Register-Nr. 15.3.1-V 60
Bezirksregierung Düsseldorf

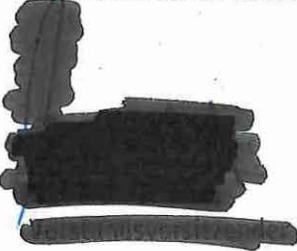
[Redacted contact information]

Seite 2 zum Schreiben vom 05.04.2019

Einwilligung, Risiko-Nutzen-Abwägung, gerechte Probandenauswahl...) in dem betreffenden Zeitraum in Deutschland entwickelt haben. Zu untersuchen ist dabei beispielsweise, welchen Einfluss internationale ethische Richtlinien (Nürnberger Kodex, Helsinki-Deklaration) auf die deutsche Ärzteschaft hatten und ob, und wenn ja, wie über die ethische Zulässigkeit der Forschung an Kindern in medizinischen Fachzeitschriften debattiert wurde.

Das Projekt läuft aktuell und wird bis zum Ende des Jahres abgeschlossen sein. Eine Veröffentlichung der Ergebnisse ist für 2020 ins Auge gefasst.

Mit freundlichen Grüßen

A large area of the document is redacted with black ink, obscuring the signature and name of the sender. The redaction covers approximately three lines of text.



Franz Sales Haus

Wohnen, Lernen, Freizeit und Arbeiten für Menschen mit Behinderungen

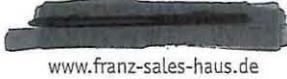
Ministerium für Arbeit,
Gesundheit und Soziales
Nordrhein-Westfalen
12. Dez. 2019

Franz Sales Haus · Postfach 10 12 44 · 45012 Essen

Zentrale Dienste

Franz Sales Haus
Steeler Straße 261
45138 Essen

Ministerium für Arbeit, Gesundheit
und Soziales Nordrhein-Westfalen



www.franz-sales-haus.de

Herrn
Fürstenwall 25
40219 Düsseldorf

Ohne Kenntnis AL IV weiter
16. DEZ 2019
IV
IVB
IVBS
18/12

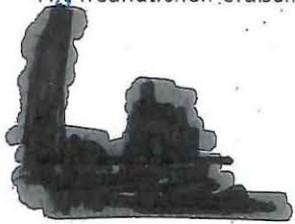
10. Dezember 2019, vo/br/2.1

Verdacht auf Medikamententests an Heimkindern in NRW im Zeitraum 1957 bis 1972
(Veröffentlichung von Frau Sylvia Wagner: „Ein unterdrücktes und verdrängtes Kapitel
der Heimgeschichte“)
Aktenzeichen G.0611
Kinderheime
Ihr Schreiben vom 25.11.2019

Sehr geehrter

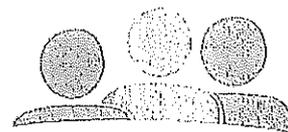
vielen Dank für Ihr o. g. Schreiben. Die Arbeiten hinsichtlich des Forschungsprojektes werden
noch andauern. Ende Februar/Anfang März 2020 planen die Ruhr-Universität Bochum und das
Franz Sales Haus, die Studie zu veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen



Trägerverein für das
Franz Sales Haus zu Essen





Graf Recke Stiftung
das Leben meistern

Vorstand
Einbrunger Str. 82
40489 Düsseldorf

Ihr Zeichen
Unser Zeichen PS/mm
Ihr Schreiben vom

Kontakt

Telefon
Fax
E-Mail

Datum 08.04.2019

Graf Recke Stiftung Vorstand, Einbrunger Str. 82, 40489 Düsseldorf

Via Mail-Nachricht

Herrn

[REDACTED]
c/o Ministerium für Arbeit, Gesundheit und
Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen
40190 Düsseldorf

Verdacht auf Medikamententests an Heimkindern in NRW im Zeitraum 1957 bis 1972
(Veröffentlichung von Frau Sylvia Wagner: ‚Ein unterdrücktes und verdrängtes Kapitel der Heimgeschichte‘);
Aktenzeichen: G.0611

Sehr geehrter [REDACTED]

wir beziehen uns auf den bisherigen Schriftwechsel sowie auf unsere geführte telefonische Unterredung am 5. April 2019 und überreichen als Anlage, wie vereinbart, die Präsentation der Unterzeichnerinnen im Rahmen des von der damaligen Ministerin, Frau Steffens, initiierten ‚Runden Tisches‘ am 25.11.2016 zu Ihrer Kenntnis und weiteren Verwendung.

Sofern sich Rückfragen zu den Unterlagen ergeben sollten, so steht die Unterzeichnende jederzeit gern zur Verfügung.

Für heute verbleiben wir

mit sehr herzlichen Grüßen aus der Graf Recke Stiftung

-Anlage-

Graf Recke Stiftung, Sitz: Düsseldorf, USt-IDNr. DE 119 353 981
www.graf-recke-stiftung.de

Im Verbund der
Diakonie

**Arzneimittelstudien
an Heimkindern in Neu-Düsselthal (1966)**

Ergebnisse der bisherigen Recherchen und Gespräche

Tischvorlagenmappe zum Gespräch am 25.11.2016, 9.00 Uhr
Frau Ministerin Barbara Steffens, MGEPA NRW

➤ **Ausgangspunkt**

➤ **Aktuelle Debatte**

➤ **Einsichten und Bewertungen**

Ausgangspunkt

Ausgangspunkt für die Frage, ob und in welchem Umfang in Neu-Düsselthal in den 1960er Jahren Pharmatests durchgeführt wurden, ist eine **Untersuchung von Dr. Uwe Kaminsky aus dem Jahr 2011.**

Seine Ergebnisse und Einschätzungen hat er in dem Artikel „Die Verbreiterung der ‚pädagogischen Angriffsfläche‘. Eine medizinisch-psychologische Untersuchung in der rheinischen öffentlichen Erziehung aus dem Jahr 1966“, veröffentlicht.

Dieser ist erschienen im Sammelband „Verspätete Modernisierung. Öffentliche Erziehung im Rheinland - Geschichte der Heimerziehung in Verantwortung des Landesjugendamtes (1945 - 1972), Essen 2011.

Kaminsky zeigt in seinem Aufsatz auf, dass auf Bitten des Heimleiters mit Genehmigung des Leiters der Abteilung 4, Jugendwohlfahrt, beim Landschaftsverband, Landesrat Dr. Jans, eine Versuchsreihe an Heimzöglingen mit Gabe des Medikaments **Truxal** durchgeführt wurde.

Diese Studie ist von G. Gründewald, E. Grünwald-Zuberbier, I. Rode unter dem Titel „**Beeinflussung der Handlungskontrolle durch Chlorprothixen bei unruhigen verhaltensschwierigen Kindern**“ im Archiv für Psychiatrie und Zeitschrift f.d.ges. Neurologie 211, S. 23 - 37, 1968 veröffentlicht worden.

Darüber hinaus benennt Kaminsky den umfassenden und von der Heimleitung auch gewünschten Einsatz von **Truxal und anderen zugelassenen Neuroleptika** in Neu-Düsselthal.

Zielsetzung der 1966 durchgeführten Arzneimittelstudie aus Sicht des Heimleiters war, „ob mit einer allgemeinen Dämpfung und Harmonisierung auch eine Erhöhung der Selbstkontrolle einhergehen kann“.

Untersucht wurde mit einer **Gabe von 3x15 mg Truxal** über einen **Zeitraum von 16 Tagen** bei insgesamt **32 Kindern**, davon **16 mit einer Gabe von Placebos**, ob sich die kognitive Differenzierungsleistung und das Schreibtempo durch die Medikamentierung verbessern ließe.

Der Arzneimittelstudie vorausgegangen waren **graphologische Vergleichsuntersuchungen sowie EEG-Untersuchungen** durch die **Rheinische Landeslinik Düsseldorf**, damals unter Leitung von **Dr. Friedrich Panse**.

Für seine Untersuchung nutzte Kaminsky sowohl das Archiv der Graf Recke Stiftung als auch im wesentlichen das Archiv des Landschaftsverbands Rheinland in Brauweiler.

Dort liegen in diesem Zusammenhang benannt auch **zwei Namenslisten** vor, auf der insgesamt **74 Namen** verzeichnet seien, zum einen eine Liste der an der Arzneimittelstudie beteiligten Kinder, zum anderen eine **Liste der von Dr. Baucke vom 1.4. - 31.12.1966 behandelten Kinder**. Der Vorstand der Graf Recke Stiftung hat mittlerweile diese Listen aus dem Archiv des LVR erhalten.

Die Veröffentlichung hatte 2011 keine breitere öffentliche Resonanz gefunden, zumal in dem Sammelband insgesamt auf die Verantwortung des Landesjugendamtes abgehoben wurde.

Zwischenfazit:

Somit waren der Arzneimitteltest als auch eine kritische Diskussion um einen extensiven Einsatz von Neuroleptika aus pädagogischer Motivation bereits seit längeren bekannt.

➤ **Ausgangspunkt**

➤ **Aktuelle Debatte**

➤ **Einsichten und Bewertungen**

Aktuelle Debatte

Die aktuelle Debatte begann im Frühjahr mit Recherchen von **Frontal 21** und **Spiegel Online**. Dabei ging es erstmals um die Frage der Medikamententests an Heimkindern in den 1960er Jahren. Hierzu gab es auch Presseanfragen an die Graf Recke Stiftung.

Um den Sachverhalt zu klären, wurden zum damaligen Zeitpunkt auch Gespräche mit dem ehemaligen Heimleiter sowie unserem Ansprechpartner für frühere Heimkinder, [REDACTED] unter Beteiligung des Vorstands und der Unternehmenskommunikation geführt. Fachlicher Bezugspunkt und Grundlage für diese Gespräche war die Veröffentlichung von Kaminsky.

Im Ergebnis wurde damals einmütig negiert, dass Medikamententests im heutigen Sinne, beispielsweise zur Vorbereitung der Markteinführung, in Neu-Düsselthal stattgefunden haben.

Erinnert wurde jedoch bereits damals der **Rücktritt des Heimarztes von Neu-Düsselthal**, [REDACTED] der als **visitierender Arzt** für die ärztliche Versorgung der in Neu-Düsselthal untergebrachten Kinder verantwortlich war. Kaminsky hatte im Archiv des LVR diesen Vorgang bereits ausführlich recherchiert und bewertet.

Eine direkte juristische Verantwortung wurde jedoch nicht benannt, da das Landesjugendamt als mit der Vormundschaft befasste Stelle seine Zustimmung erteilt habe und Blumberg kein Angestellter der Graf Recke Stiftung gewesen sei.

Eine weitere, auf die Recherchen von Frontal 21 und Spiegel Online aufbauende Diskussion, blieb im Frühjahr dieses Jahres jedoch aus.

Eine breitere Rezeption folgte dann erst auf die Veröffentlichung eines Artikels von Frau **Sylvia Wagner**, die ihren Beitrag **„Ein unterdrücktes und verdrängtes Kapitel der Heimgeschichte. Arzneimittelstudien an Heimkindern“** in **Sozial.Geschichte Online 19 (2016), S. 61 - 113**, veröffentlichte.

In diesem Artikel wird einleitend die Untersuchung von Kaminsky zitiert, die sie zur Forschungsfrage veranlasst habe, ob es in Erziehungseinrichtungen im Zeitraum von 1950 bis Mitte der 1970er Jahre in breiterem Maß zu Arzneimittelstudien an Heimkindern gekommen sei.

Dem Aufsatz liegen Auswertungen von medizinischen Fachzeitschriften zugrunde, in denen Wagner entsprechende Untersuchungen recherchiert und nachfolgend zusammengestellt hat. Im Anhang zum Artikel wird eine Liste mit 31 Veröffentlichungen zu Impfstoffversuchen genannt, **allerdings ohne Hinweis auf die Studie in Neu-Düsselthal.**

In der Presse wurde der Artikel von Wagner so rezipiert, dass Medikamentenversuche an Heimkindern in Neu-Düsselthal, im Franz-Sales-Haus in Essen, einem Waisenhaus in Düsseldorf, in den Bodelschwingschen Anstalten Bethel sowie in der LVR-Klinik für Jugendpsychiatrie in Viersen-Süchteln vorgenommen wurden.

Zwischenfazit:

Im Kölner und Düsseldorfer Express wurde in einem Artikel, der sich auf eine Einzelbeschwerde eines ehemaligen Heimkinds der Bergischen Diakonie Aprath bezieht, aus einer **Stellungnahme der Graf Recke Stiftung gegenüber dem WDR** zitiert und so die Verbindung zu den Pharmatests in Neu-Düsselthal hergestellt.

➤ **Ausgangspunkt**

➤ **Aktuelle Debatte**

➤ **Einsichten und Bewertungen.**

Einsichten und Bewertungen

Aufgrund der Untersuchungen von Kaminsky und der Recherche von Wagner ist eine

Arzneimittelstudie

an **32 Kindern**

zwischen **11 und 16 Jahren**

im **Jahr 1966**

im **Kinderheim Neu-Düsselthal**

unstrittig, von denen

16 Kinder ein Placebo

erhielten.

Vermerkt sind auf der **Liste des Landesjugendamtes 37 Namen**, für die das **Einverständnis zur medikamentösen Behandlung wegen Schwererziehbarkeit von [REDACTED] am 10. Februar 1966 erteilt wurde.**

Grundlage der Namensliste mit dem Einverständnis ist eine **Liste des Heims Neu-Düsselthal, auf der insgesamt 41 Kinder vermerkt sind**, davon eines, das sich der Einnahme von Medikamenten verweigerte.

Von diesen **40 Kindern** werden

11 als bereits jugendpsychiatrisch medikamentös behandelt,

13 als bereits fachärztlich untersucht und

16 als noch fachärztlich wegen motorischer Unruhe zu untersuchend

benannt.

Die **Liste** mit den **74 Namen**, die zwischen **01.04. und 31.12.1966** von **[REDACTED]** behandelt worden sind, enthält **8 Namen aus diesen Listen**, aus denen jedoch **26 Namen nicht aus der Neu-Düsselhoher Liste verzeichnet sind**. Der Zusammenhang zwischen beiden Listen erschließt sich nicht unmittelbar.

Bei der Arzneimittelstudie ging es um die **Erforschung eines bereits im Markt befindlichen und zugänglichen Medikaments**, das aus **pädagogischen Gründen auf einen breiteren Einsatz bei Heimzöglingen zur Reduzierung der motorischen Unruhe geprüft werden sollte**. Hierzu wurde eine Versuchsanordnung gewählt, die in der Studie von Gründewald u.a. (s.o.) ausführlich beschrieben ist.

Im Gespräch mit Kaminsky am 10. November 2016 wurde herausgearbeitet, dass es sich nach damaligem Verständnis um ein **rechtskonformes Verfahren** gehandelt habe, das der damaligen stärker neuropsychiatrisch bezogenen Ausrichtung der Kinder- und Jugendhilfe durchaus entsprochen habe.

Diese Ausrichtung habe auch der Besetzung der Heimleiterstelle in Neu-Düsselthal 1962 entsprochen.

Grundlage für die Arzneimittelstudie 1966 in Neu-Düsselthal waren auskunftsgemäß **Vortests in der Landeslinik Grafenberg zum Einsatz von Truxal bei psychiatrischen Klienten.**

Insgesamt ordnete Kaminsky die Studie in den Paradigmenwechsel „**von der Bestrafung zur Sedierung**“ ein.

Zwischenfazit:

Aus Sicht des Vorstands der Graf Recke Stiftung liegt angesichts der bekannt gewordenen Ergebnisse keine juristische Verantwortung für die durchgeführte Arzneimittelstudie in Neu-Düsselthal vor. Es ist von einer damals rechtskonformen Konstellation auszugehen, insbesondere auch durch die explizite Zustimmung des Landesjugendamtes zu allen Einzelpersonen.

Mit Blick auf die weiteren, derzeit in der öffentlichen Betrachtung liegenden, Fälle ist zudem darauf hinzuweisen, dass eine jugendpsychiatrische Indikation in allen Fällen zu Beginn der Studie vorgelegen und es sich nicht um Medikamententests zur Markteinführung gehandelt hat.

Außerdem sind die Versuchsanordnungen nicht besonders belastend, der Versuch war von vorneherein befristet auf die Dauer von 16 Tagen angelegt.

Dennoch bleibt eine moralische Verantwortung unbestritten:

Die generelle Annahme einer neuropsychiatrisch und damit medikamentös zu behandelnden Form von Schwereerziehbarkeit in der stationären Jugendhilfe entspricht nicht der besonderen Würde und Einzigartigkeit des Individuums.

Zudem ist in der Folge der Arzneimittelstudie, wie das Schreiben zum Rücktritt des Heimarztes Blumberg nahelegt, von einer eher breit angelegten, wohl auch unspezifischen ärztlichen Verordnungspraxis von Neuroleptika auszugehen, die auch im Interesse der Heimleitung und der Erzieher gelegen hat. Diese pädagogische Motivation einer Verordnung auch sedierender Medikamente ist aus heutiger Sicht zumindest fragwürdig.

In den bisherigen etwa 170 geführten Gesprächen mit ehemaligen Heimkindern von unserem Mitarbeiter [REDACTED] hat die Frage des Medikamenteneinsatzes bislang nur in einem Fall eine Rolle gespielt, nach den aktuellen Berichten haben sich auch keine weiteren Betroffenen neu gemeldet.

Helios Klinikum Wuppertal
Heusnerstr. 40 • D-42283 Wuppertal

Geschäftsführung
[Redacted]

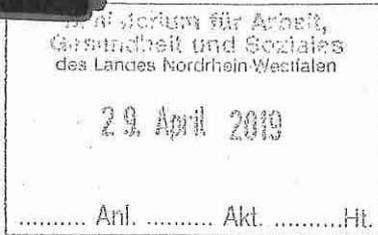
Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Nordrhein-Westfalen

[Redacted]

[Redacted]

www.helios-gesundheit.de/wuppertal

40190 Düsseldorf



h.u.

29. APR. 2019

*IV }
IV B }
IV B 5 030/4*

24.04.2019

vorab per Mail: [Redacted]

**Ihre Anfrage vom 19. März 2019 – Verdacht auf Medikamententests an
Heimkindern in NRW im Zeitraum 1957 bis 1972 – Ihr Az: G.0611**

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr [Redacted]

ich komme zurück auf Ihr Schreiben vom 19.03.2019 in der o.g. Angelegenheit.

Zunächst möchte ich Ihnen mitteilen, dass wir die Aufarbeitung dieses Themas sehr begrüßen. Leider können wir jedoch keinen wesentlichen Beitrag zur weiteren Aufklärung leisten. Nach eingehenden Recherchen mussten wir feststellen, dass uns keine Unterlagen zu möglichen Medikamententests an Heimkindern vorliegen. Denn eine Verwahrung von Behandlungsakten von Kindern und Jugendlichen erfolgt bei uns entsprechend der gesetzlichen und berufsrechtlichen Vorgaben, sodass die Akten für die Jahre 1957 bis 1972 nicht mehr zur Verfügung stehen.

Darüber hinaus sind auch valide Aussagen von Zeitzeugen nicht mehr einholbar, da beispielsweise der damals verantwortliche Chefarzt bereits vor einigen Jahren verstorben ist. Wir haben keine anderweitigen Hinweise über den Umfang möglicher, über die individuelle Heilbehandlung hinausgehende Medikation von Patientengruppen auffinden können.

[Redacted signature block]

Sollten Sie dennoch Rückfragen haben, stehen wir Ihnen selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



HPZ St. Laurentius-Warburg · Postfach 1351 · 34403 Warburg

MGEPA Nordrhein-Westfalen
[REDACTED]

Horionplatz 1
40213 Düsseldorf

Handwritten notes:
Lr
2
22
221
216 vfr

Az

Ansprechpartner/in
[REDACTED]

Durchwahl
[REDACTED]

E-Mail
[REDACTED]

31.05.2017

Verdacht auf Medikamententests an Heimkindern in NRW 1957-72
Ihr Schreiben vom 07.04.2017

Sehr geehrter [REDACTED],

bezugnehmend auf Ihr o. g. Schreiben teile ich Ihnen folgendes mit:

Das HPZ St. Laurentius-Warburg, ehemals St. Laurentiusheim, öffnete am 01.12.1966, so dass für den Zeitraum vom 01.12.1966 bis einschließlich Ende 1972 Daten ermittelt werden konnten.

Bisher gibt es in der Einrichtung und seitens des Trägers keine eigene Aufarbeitung bzw. Untersuchung des Themas.

Das HPZ hat sich aktiv bei der Erstellung der Studie

„Heimkinderzeit – Studie zur Situation von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen der katholischen Behindertenhilfe in Westdeutschland (1949 bis 1975)“ des CBP e.V. (Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie)

eingebraucht.

Für den Zeitraum 01.12.1966 – 31.12.1972 sind insgesamt 269 Bewohner-Akten im medizinischen Bereich vorhanden.
Diese Akten wurden nun gesichert.

Anschrift
Hellpädagogisches Therapie-
und Förderzentrum
St. Laurentius-Warburg
Stiepenweg 70
34414 Warburg

T 05641 93-0
F 05641 93-101
www.hpz-st-laurentius.de

[REDACTED]

Eine Einrichtung der
Caritas Wohnen im
Erzbistum Paderborn gem. GmbH
Waldenburger Straße 11
33098 Paderborn

T 05251 2889-0
F 05251 2889-293

[REDACTED]

Paderborn HRB 9688

98 Bewohner/-innen aus dem genannten Zeitraum leben derzeit noch im HPZ.
171 Bewohner/-innen wurden entlassen, 23 Person davon sind zwischenzeitlich verstorben.

Bei Stichproben konnten in den betreffenden Akten keine Behandlungsverträge gefunden werden. Sehr vereinzelt existieren Einverständniserklärungen für „erforderlich gehaltene einfache ärztliche Untersuchungen“.

Unterlagen über erfolgte Impfungen sind bei den hier noch lebenden Bewohnerinnen und Bewohnern in der Regel vorhanden und werden entsprechend gepflegt.
Impfungen wurden zur damaligen Zeit laut den Unterlagen aber nicht durch die Einrichtung, sondern von der zuständigen Gesundheitsbehörde durchgeführt.

Anhaltspunkte bzw. Erkenntnisse, ob Arzneimittel im damaligen St. Laurentiusheim über die individuellen Heilbehandlungen hinaus zum Einsatz gekommen sind, liegen derzeit nicht vor.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gern zur Verfügung.

Freundliche Grüße

[Redacted signature block]



Kaiserswerther Diakonie

Von hier aus helfen.

Kaiserswerther-Diakonie • Florence-Nightingale-Krankenhaus
Kreuzbergstraße 79 • 40489 Düsseldorf

Ministerium für Gesundheit,
Emanzipation, Pflege und Alter des
Landes Nordrhein-Westfalen

Horionplatz 1
40213 Düsseldorf

26. April 2017
HS/UW



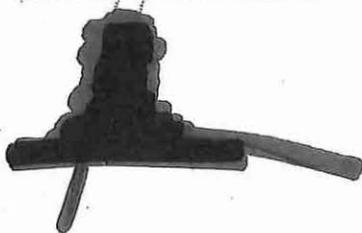
**Verdacht auf Medikamententests an Heimkindern in NRW im Zeitraum
1957 bis 1972
Ihr Schreiben vom 07. April 2017**

Sehr g [redacted]

zu Ihren Anfragen zum o. g. Vorgang können wir Ihnen lediglich mitteilen,
dass aus dem fraglichen Zeitraum keine Patientenakten oder Geschäftsunter-
lagen mehr vorhanden sind. Patientenakten haben eine Aufbewahrungsfrist
von 30 Jahren und Geschäftsunterlagen von 10 Jahren bzw. 15 Jahren. In-
wieweit Aufnahmen zur stationären Behandlung zu dieser Zeit dokumentiert
wurde, ist uns nicht bekannt.

Es tut uns leid, Ihnen in dieser Angelegenheit nicht weiterhelfen zu können.

Mit freundlichen Grüßen



Ministerium für Gesundheit, Emanzipation,
Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen
05. Mai 2017
Abt. Anl. Blatt/Heft

Handwritten notes:
2
22
221
05. MAI 2017
08. 11. 1972

Kaiserswerther Diakonie
Alte Landstraße 179
40489 Düsseldorf

[Redacted address information]

**Florence-Nightingale-
Krankenhaus**
Akademisches Lehr-
krankenhaus der Heinrich-
Heine-Universität Düsseldorf

[Redacted contact information]
40489 Düsseldorf
Fon [redacted]
Fax [redacted]

Unsere Geschäftskonten:

[Redacted bank account information]



Ministerium für Arbeit,
Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen

11. Dez. 2019

..... Anl. Akt. Ht.

Katharina Kasper ViaNobis GmbH | Katharina-Kasper-Gruppe | 52538 Gangelt

Ministerium für Arbeit,
Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen
G.0611
40190 Düsseldorf

Ohne Kenntnis AL IV weiter

10
10 8
10 8 5
11. DEZ 2019
12. DEZ 2019
Kasper
16/12

Katharina Kasper ViaNobis GmbH

Geschäftsführung
Katharina-Kasper-Straße 6
52538 Gangelt

[Redacted]

[Redacted]
www.vianobis.de

9. Dezember 2019

Aktenzeichen: G.0611 Kinderheime

Sehr geehrte [Redacted]
sehr geehrte Damen und Herren,

wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 2. Dezember 2019, welches am heutigen Tage bei uns einging. Zunächst bitten wir freundlich um Entschuldigung dafür, dass die in unserem Schreiben vom 30. Mai 2017 benannte weitere Mitteilung, an die Sie nun erinnern, bisher versehentlich nicht ergangen ist.

Die wertvolle Unterstützung von [Redacted] stand uns nicht nur bei den - wie angekündigt ab Juni 2017 - vorgenommenen Überprüfungen zur Verfügung, sondern wir können nach wie vor darauf zurückgreifen. Insgesamt haben sich bisher wie vermutet keinerlei Hinweise darauf ergeben, dass z. B. Verschreibungen oder Verabreichungen von Medikamenten stattgefunden haben, die auch bei weiter Begriffsdefinition auf „Studien“ oder „Tests“ schließen lassen [Redacted] führt als anerkannter Experte für Epilepsieerkrankungen in unserem Haus nach wie vor Epilepsiesprechstunden durch und wurde gebeten, auch in diesem Zusammenhang ein besonderes Augenmerk auf Ihre Anfrage zu halten, wenn und soweit im Rahmen der Behandlung langjähriger Patientinnen ältere Akten hinzugezogen werden sollten. [Redacted] weiterhin Mitglied des Ethik-Komitees unserer Fachklinik ist, ist insoweit regelhafter Kontakt mit ihm gegeben und gewährleistet.

Wir erlauben uns, [Redacted] eine Durchschrift dieses Briefes zu übersenden und stehen Ihnen selbstverständlich auch weiterhin jederzeit gerne für Auskünfte und zur Beantwortung von Rückfragen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

[Redacted]

Geschäftsführer

[Redacted]



Katholische Hospitalvereinigung
Weser-Egge

Katholische Hospitalvereinigung Weser-Egge gGmbH • Danziger Str. 17 • 33034 Brakel

Ministerium für Gesundheit, Emanzipation,
Pflege und Alter des Landes NRW

Horionplatz 1
40213 Düsseldorf



27. APR. 2017 2
Koi.v.22
221 815 vss

[Redacted contact information]

24.04.2017

Aktenzeichen: 221/ Ihr Schreiben vom 07.04.2017
Verdacht auf Medikamententests an Heimkindern in NRW im Zeitraum
1957 bis 1972 (Veröffentlichung von Frau Sylvia Wagner: „Ein
unterdrücktes und verdrängtes Kapitel der Heimgeschichte“)

Sehr geehrte [Redacted]

in Beantwortung Ihres Schreibens vom 07.04.2017 teilen wir Ihnen mit, dass die Abteilung für klinische Psychiatrie und Psychotherapie am St. Josef Hospital in Bad Driburg erst 1968 gegründet wurde.

Behandelt wurden und werden nur Erwachsene. Medikamententests wurden zu keinem Zeitpunkt und werden in Zukunft auch nicht durchgeführt. Die gesetzliche Aufbewahrungsfrist für Krankenakten von 30 Jahren wird eingehalten. Ältere Akten wurden vernichtet.

Mit freundlichen Grüßen

[Redacted signature]

Einrichtungen im Verbund

MEDIZIN

- Klinikum Weser-Egge
- Akad. Lehrkrankenhaus der Universität Göttingen
- St. Ansgar Krankenhaus Höxter
- St. Josef Hospital Bad Driburg
- St. Rochus Krankenhaus Steinheim
- St. Vincenz Hospital Brakel

PFLEGE

- St. Antonius Seniorenhaus Brakel
- St. Johannes Baptist Seniorenhaus Beverungen
- St. Josef Seniorenhaus Bökendorf
- St. Nikolai Seniorenhaus Höxter
- St. Rochus Seniorenhaus Steinheim
- Caritas Pflegestationen Weser-Egge

BILDUNG

- Bildungszentrum Weser-Egge
- Altenpflegeschule Brakel
- Gesundheits- und Krankenpflegeschule Brakel



Danziger Str. 17
33034 Brakel
Tel. 0 52 72 - 607 - 0
Fax 0 52 72 - 607 10 09

[Redacted contact information]

Sitz der Gesellschaft: Höxter
Registergericht Paderborn
HRB 7209
St.-Nr. 326/5900/0224
UST-IdNr. DE 198565156

[Redacted contact information]

[REDACTED]

Von: [REDACTED]
Gesendet: Freitag, 8. November 2019 13:23
An: [REDACTED]
Betreff: Verdacht auf Medikamententests an Heimkindern in NRW im Zeitraum 1957 - 1972

Sehr geehrter [REDACTED]

in Beantwortung Ihrer Schreiben vom 19.03 und 16.10.19 teilen wir Ihnen mit, dass wir zu o.g. Sachverhalt keine Hinweise oder Erkenntnisse beitragen können.

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]
Sekretariat Geschäftsführung

[REDACTED]
Katholische Kliniken Ruhrhalbinsel gGmbH

Heidbergweg 22-24
D-45257 Essen

[REDACTED]
Sitz der Gesellschaft: Essen
Amtsgericht Essen, HRB-Nr. 12918

www.contilia.de

Diese Nachricht ist vertraulich. Sollten Sie nicht der vorgesehene Empfänger sein, so bitten wir höflich um eine Mitteilung. Jede unbefugte Weiterleitung oder Fertigung einer Kopie ist unzulässig. Diese Nachricht dient lediglich dem Austausch von Informationen und entfaltet keine rechtliche Bindungswirkung. Aufgrund der leichten Manipulierbarkeit von E-Mails können wir keine Haftung für den Inhalt übernehmen.

This message is confidential and may be privileged. If you are not the intended recipient, we kindly ask you to please inform the sender. Any unauthorised dissemination or copying hereof is prohibited. This message serves for information purposes only and shall not have any legally binding effect. Given that e-mails can easily be subject to manipulation, we can not accept any liability for the content provided.



12. MAI 2017 2
22 irk
221
1515

Katholisches Klinikum Bochum • Gudrunstraße 56 • 44791 Bochum

Ministerium für Gesundheit,
Emanzipation, Pflege und Alter
des Landes Nordrhein-Westfalen
40190 Düsseldorf

Geschäftsführung

[Redacted signature area]

Ministerium für Gesundheit, Emanzipation,
Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen

12. Mai 2017

Abt. Anl. Blatt/Heft

10. Mai 2017

Verdacht auf Medikamententests an Heimkindern in NRW im Zeitraum von 1957 bis 1972

Hier: Ihr Schreiben vom 7. April 2017 / Aktenzeichen 221 [Redacted]

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir nehmen Bezug auf Ihre obige Anfrage und können Ihnen leider, nach intensiven Recherchen, zu Ihren Fragen keine qualifizierten Antworten geben.

Die St. Josef- und St. Elisabeth-Hospital gGmbH ist Rechtsnachfolgerin der Landeskinderklinik, die bis zum 31.03.1983 in der Trägerschaft des Landschaftsverbandes war. In unserem Archiv befinden sich keine Akten für den in Frage kommenden Zeitraum von 1957 bis 1972.

Auch nach internen Recherchen bei ausgeschiedenen Klinikdirektoren gibt es keine Erinnerung an Medikamententests an Heimkindern, die in unserer Kinderklinik durchgeführt wurden. Leider kann ich Ihnen keine weiteren Auskünfte geben und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

[Redacted signature and name area]



Katholisches Klinikum Essen

Katholisches Klinikum Essen GmbH | Postfach 120145 | 45311 Essen

MGEPA Nordrhein-Westfalen

Horionplatz 1
40213 Düsseldorf

2.9. MAI 2017 2
22
3115
VJK



Katholisches Klinikum Essen GmbH
Hospitalstraße 24
45329 Essen

Geschäftsführung

E-Mail: [REDACTED]
Datum: 23.05.2017
Zeichen: SU

Betreff: Verdacht auf Medikamententests an Heimkindern in NRW im Zeitraum 1957 bis 1972

Sehr geehrte [REDACTED]

mit Bezug auf Ihr Schreiben vom 7. April 2017 zum Verdacht auf Medikamententests an Heimkindern in NRW im Zeitraum 1957 bis 1972 (Veröffentlichung von Frau Sylvia Wagner: „Ein unterdrücktes und verdrängtes Kapitel der Heimgeschichte“) möchten wir Ihnen folgende Rückmeldung zukommen lassen.

Das Krankenhaus Philipppusstift in Borbeck und speziell die Klinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatische Medizin sind auf die stationäre Versorgung von erwachsenen Patienten spezialisiert. Nach unseren internen Recherchen gibt es keine Hinweise darauf, dass es in dem angesprochenen Zeitraum in nennenswertem Umfang zur Behandlung von Kindern und Jugendlichen gekommen ist. Ebenfalls konnten wir keine Hinweise auf mögliche Medikamententests identifizieren. Patientenakten und Geschäftsunterlagen wurden nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen vernichtet und liegen daher nicht mehr vor.

Bei Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]

Katholisches Klinikum Oberhausen GmbH • Wilhelmstr. 34 • 46145 Oberhausen

Ministerium für Gesundheit,
Emanzipation, Pflege und Alter
des Landes Nordrhein-Westfalen
[Redacted]
Horionplatz 1
40213 Düsseldorf

Pr.: V.
22. MAI 2017
VOR 2215

Ihr Zeichen:
Unser Zeichen: Bo./Ma.

Telefon [Redacted]
Fax [Redacted]

Oberhausen, 18.05.2017

Ihr Schreiben vom 07.04.2017

Aktenzeichen: 221 –

Verdacht auf Medikamententests an Heimkindern in NRW im Zeitraum 1957 bis 1972 (Veröffentlichung von Frau Sylvia Wagner: „Ein unterdrücktes und verdrängtes Kapitel der Heimgeschichte“)

Sehr geehrter [Redacted]

vielen Dank für Ihr o.g. Schreiben.

Hiermit teilen wir Ihnen nach Prüfung mit, dass aus unserer Sicht keinerlei Anhaltspunkte dafür bestehen, dass in den unter der jetzigen Trägerschaft des Katholischen Klinikum Oberhausen stehenden Einrichtungen Arzneimittel in einem über die individuelle Heilbehandlung hinausgehendem Umfang im Zeitraum von 1957 bis 1972 zum Einsatz gekommen sind.

Patientenakten bzw. Geschäftsunterlagen liegen vor dem Hintergrund der Aufbewahrungsfristen nicht mehr vor. Dies betrifft auch eventuell abgeschlossene Aufnahmebögen.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen selbstverständlich zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

[Redacted Signature]

[Redacted]



KLINIKUM
WESTMÜNSTERLAND

KWML | Wüllener Straße 99a | 48683 Ahaus

MGEPA Nordrhein-Westfalen

Horionplatz 1
40213 Düsseldorf

Ministerium für Gesundheit, Emanzipation,
Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen
19. Mai 2017
Abl. Anl. Blatt/Heft

19.9. MAI 2017 2
22
221
18.11.15

Anschrift
Wüllener Straße 99a
48683 Ahaus

Internet
www.kwml.de

Academisches Lehrkrankenhaus
der Universität Duisburg-Essen

Verdacht auf Medikamententests an Heimkindern im Zeitraum 1957-1972

Ihr Schreiben vom 7. April 2017

Sehr geehrte [redacted]

nach interner Recherche an unseren einzelnen Standorten (St. Agnes-Hospital Bocholt, St. Vinzenz-Hospital Rhede, St. Marien-Hospital Borken, St. Marien-Krankenhaus Ahaus, St. Marien-Hospital Vreden) können wir Ihnen mitteilen, dass sich hinsichtlich der im oben näher bezeichneten Schreiben aufgeworfenen Fragestellungen keine Erkenntnisse ergeben haben, die Anhaltspunkte zu derartiger Medikamentenvergabe enthalten würden.

Allerdings ist es für uns nahezu unmöglich gesicherte Informationen zu einzelnen Patienten, Arzneimitelesatz oder Behandlungen aus dem genannten Zeitraum aufzufinden. Die damalige „regelhafte“ Behandlung von Kindern und Jugendlichen“ lässt sich heute aufgrund abgelaufener Aufbewahrungsfristen von 30 Jahren nicht mehr nachvollziehen. Derart alte Akten sind nicht mehr verfügbar.

Auch sonstige Verwaltungsdokumentationen, die Anhaltspunkte für die Behandlungen von Kindern geben könnten, sowie das Wissen von Ärzten, Pflegekräften und Verwaltungsmitarbeitern aus der damaligen Zeit kann nicht mehr ausreichend zugänglich gemacht werden. Selbst die Frage des Einsatzes von Aufnahmebögen oder Einwilligungserklärungen für diesen Zeitraum lässt sich nicht mehr beantworten.

Im Ergebnis können wir daher nur vermuten, dass die von Ihnen angefragten Sachverhalte in unseren Krankenhäusern nicht stattgefunden haben.

Wir hoffen, dass wir Ihnen mit unseren Informationen weiterhelfen konnten.

Mit freundlichen Grüßen
Klinikum Westmünsterland GmbH

[redacted signature]

Geschäftsführung

Ahaus, 17.05.2017
He/Ab

[redacted signature]

Sitz / Juristische Anschrift
Klinikum Westmünsterland GmbH
Am Boltenhof, 46325 Borken
Handelsregister
Amtsgericht Coesfeld HRB 4184
Ust.-Id.-Nr.
DE123762133

Meine Region. Mein Klinikum.
Krankenhäuser in Ahaus, Bocholt,
Borken, Rhede und Vreden
Senioren- und Pflegezentren in Ahaus,
Borken, Rhede und Vreden
Medizinische Versorgungszentren in
Ahaus und Bocholt
Tagespflegen und Wohnanlagen im
Bereich Servicewohnen
Ambulante Pflegedienste in Ahaus und
Rhede
Gesundheitszentrum Westmünsterland
in Ahaus, Bocholt, Borken, Legden und
Vreden

Ministerium für Gesundheit, Emanzipation,
Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen
30. Mai 2017
Abt. Amt. Blatt/Heft



Knappschaftskrankenhaus Bottrop GmbH
Akademisches Lehrkrankenhaus der Universität Duisburg-Essen

Knappschaftskrankenhaus Bottrop GmbH • GF • Osterfelder Str. 157 • 46242 Bottrop

Osterfelder Str. 157
46242 Bottrop
Tel. 02041 15-0
www.kk-bottrop.de

Ministerium für Gesundheit, Emanzipation,
Pflege und Alter
des Landes Nordrhein-Westfalen
[Redacted]
40190 Düsseldorf

[Redacted]

[Redacted]

E-Mail knappschaftskrankenhaus@kk-bottrop.de

30. MAI 2017 2
[Handwritten signature]
22
221
VOR 30.15

Bottrop, 24.05.2017

Verdacht auf Medikamententests an Heimkindern in NRW im Zeitraum 1957 bis 1972 (Veröffentlichung von Frau Sylvia Wagner: „Ein unterdrücktes und verdrängtes Kapitel der Heimgeschichte“)

Ihr Schreiben vom 07.04.2017

Guten Tag [Redacted]

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 07.04.2017.

Wir haben den Vorgang in bei uns intensiv geprüft und melden für unser Haus Fehlanzeige.

Sollten Sie noch Fragen haben, steht Ihnen der Unterzeichner gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

[Handwritten signature]

[Redacted signature]

Geschäftsführer

[Redacted footer text]



LVR-Dezernat Kultur und Landschaftliche Kulturpflege
LVR-Dezernentin



LVR · Dezernat 9 · 50663 Köln
Ministerium für Arbeit,
Gesundheit und Soziales
des Landes NRW
[Redacted]
40190 Düsseldorf

Datum und Zeichen bitte stets angeben
10.01.2020



[Redacted]
Tel [Redacted]
Fax [Redacted]
[Redacted]

Ohne Kenntnis AL IV weiter

15. JAN. 2020
TU
TU B
TU RT
b. Vg.
[Handwritten signatures and initials]

Schreiben von [Redacted] an den LVR vom 2. Dezember 2019 (AZ G.0611)

Projekt des LVR „Einsatz und Erprobung von Medikamenten an Kindern und Jugendlichen 1945–1975“ (AZ 983-532/5-35)

Sehr geehrter [Redacted]

vielen Dank für das o.g. Schreiben. Gerne beantworte ich Ihre Frage, ob es Erkenntnisse darüber gibt, dass in den unter Trägerschaft des LVR stehenden Einrichtungen Arzneimittel in einem über die individuelle Heilbehandlung hinausgehenden Umfang zum Einsatz gekommen sind. Die Ergebnisse des Projektes liegen erst seit Mitte Dezember 2019 vor; eine erste qualifizierte Einschätzung ist daher zu der von Ihnen äußerst kurzfristigen Terminsetzung nicht möglich gewesen. Eine Publikation ist für 2020 geplant.

Das Projekt sollte die Praxis der Medikamentenvergabe und Medikamentenerprobung in kinder- und jugendpsychiatrischen Einrichtungen des LVR aus sozial- und kulturhistorischer Perspektive erforschen. Exemplarisch sollte dies zudem am Beispiel der 2.830 Patientenakten der 1962 gegründeten „Rheinischen Landeslinik für Jugendpsychiatrie Süchteln“ geschehen, die im Archiv des LVR gesichert werden konnten. Die Süchtelner Jugendpsychiatrie war den übrigen kinder- und jugendpsychiatrischen Einrichtungen im Rheinland weit voraus, da in der Viersener Klinik ein deutlicher



Ihre Meinung ist uns wichtig!
Die LVR-Geschäftsstelle für Anregungen und Beschwerden erreichen Sie hier:
E-Mail: anregungen@lvr.de oder beschwerden@lvr.de, Telefon: 0221 809-2255

LVR – Landschaftsverband Rheinland
Dienstgebäude in Köln, Gürzenich-Quartier, Augustinerstr. 10 - 12
Pakete: Ottoplatz 2, 50679 Köln
LVR im Internet: www.lvr.de
UST-IdNr.: DE 122 656 988, Steuer-Nr.: 214/5811/0027

Bankverbindung:
[Redacted]
[Redacted]
[Redacted]

Schwerpunkt auf klinische Heilpädagogik, Diagnostik und Therapie gelegt wurde. Auch die Bedeutung pflegerischer Aufgaben standen dabei im Blickfeld.

Schon Ende Juli 1953 wurden in der rheinischen Landesheilanstalt Düsseldorf-Grafenberg die ersten Patienten mit ‚Megaphen‘-Tabletten behandelt, jedoch anfangs derart hohe Dosierungen gegeben, dass die betroffenen Patienten zunächst künstlich ernährt und abgeführt werden mussten. Im Laufe des Rechnungsjahres 1953/54 wurde ‚Megaphen‘ auch in den übrigen rheinischen Landesheilanstalten eingeführt und so positiv aufgenommen, dass bereits nach kurzer Zeit regelmäßige Überschreitungen des Arzneimittelletats eintraten.

Seit Anfang 1954 wurden in mehreren rheinischen Anstalten klinische Studien mit ‚Serpasil‘ durchgeführt. Da die hohen Kosten eine Beschränkung der medikamentösen Therapie in den Anstalten notwendig machten, hatte die unentgeltliche Bereitstellung des Präparates durch den produzierenden Pharmakonzern zur Folge, dass die Anstaltspsychiater wegen der größeren Erfahrungen mit ‚Serpasil‘ die Verordnung von ‚Megaphen‘ zunächst in den Hintergrund treten ließen, obwohl im Zuge der Testungen von ‚Serpasil‘ durchaus erhebliche Nebenwirkungen und sogar Todesfälle registriert worden waren.

Die schnelle Verbreitung der Psychopharmaka in der klinischen Praxis leitete einen spürbaren Wandel des therapeutischen Milieus der psychiatrischen Anstalten ein, indem zunehmend auf entwürdigende Fixierungen und Sicherungen verzichtet wurde, sich aber auch bereits früh die Tendenz abzeichnete, den Mangel an Personal durch übermäßige Medikation auszugleichen.

Die Entdeckung der „neuroleptischen Schwelle“, dem Auftreten eines psychomotorischen Parkinsonsyndroms mit Antriebsminderung und Einschränkungen der Beweglichkeit als Voraussetzung für die antipsychotische Wirksamkeit der Neuroleptika, führte ebenfalls zur häufigen Anwendung überdosierter Medikamentengaben, die erst bei Auftreten zu heftiger Nebenwirkungen eventuell reduziert wurden. Da außerdem interindividuell große Unterschiede hinsichtlich der Dosierung auftreten konnten, um einen vergleichbaren Effekt zu erzielen, empfahl die Fachliteratur lange Zeit ausdrücklich die Anwendung von zunächst hohen Einstiegsdosen, obwohl dies oft für die Betroffenen mit unangenehmen Nebenwirkungen einherging. Insbesondere schwach wirksame Neuroleptika wurden nun auch als Beruhigungsmittel empfohlen, da diese das psychisch-energetische Niveau ohne Bewusstseinsstörungen und Beeinträchtigungen der Kritikfähigkeit reduzierten.

Mitursächlich für das Verdrängen der zahlreichen Nebenwirkungen der Neuroleptika waren die Forschungsergebnisse [REDACTED], der bereits kurz nach der Einführung von ‚Megaphen‘ und ‚Serpasil‘ beobachtet hatte, dass das Auftreten eines psychomotorischen Parkinsonsyndroms mit Einschränkungen der Beweglichkeit und Antriebsminderung zugleich eine notwendige Bedingung

für die antipsychotische Wirkung der Neuroleptika war. Die Entdeckung der „neuroleptischen Schwelle“ [REDACTED] führte in der klinischen Praxis aber keineswegs dazu, dass sich etwa durch vorsichtige, „einschleichende“ Höherdosierung an die für den einzelnen Patienten optimale Medikation herangetastet wurde, sondern im Gegenteil eine hohe Einstiegsdosis gewählt wurde, die erst bei Auftreten zu heftiger Nebenwirkungen eventuell reduziert wurde. Der Einsatz von Psychopharmaka in der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Deutschland erfolgte noch bis Ende der 1960er Jahre überwiegend mit großer Zurückhaltung. Erst Ende der 1970er Jahre, infolge der Publikation erster psychopharmako-therapeutischer Lehrbücher für Kinder und Jugendliche, setzte sich eine zunehmende Akzeptanz der Behandlung auch minderjähriger Patienten mit psychotropen Medikamenten durch.

Bereits kurz nach der Entwicklung des ‚Haloperidol‘ 1959 wurde das Präparat in der Landesheilanstalt Düsseldorf-Grafenberg über mehrere Wochen, vorwiegend an schizophrenen Patienten, klinisch getestet und trotz besonders starker Nebenwirkungen als gegenüber den bis dahin bekannten Neuroleptika überlegen eingeschätzt.

In den jugendpsychiatrischen Einrichtungen des Landschaftsverbandes Rheinland ist bereits recht früh mit der Anwendung von Psychopharmaka begonnen worden, die in den 1960er Jahren sogar noch deutlich ausgeweitet wurde. Zurückgegriffen wurde vor allem auf schwach wirksame Neuroleptika, die zur Beruhigung von erregten und verhaltensauffälligen Kindern und Jugendlichen gegeben wurden. Für die Dosierung wurde sich an den Empfehlungen der Hersteller für eine Tagesdosis bei Erwachsenen orientiert, obwohl die Kinder und Jugendlichen eine wesentlich schwächere Konstitution gehabt haben dürften, und zudem eine entwicklungsbedingte, stärkere Gefährdung durch Spätschäden zu befürchten war. Wie auch in der Erwachsenenpsychiatrie wurden zunächst bis an die Grenze der Verträglichkeit gehende, vergleichsweise hohe Einstiegsdosen gegeben, die erst in der Folge leicht reduziert wurden.

Im Gegensatz zur allgemeinen Tendenz in der westdeutschen Kinder- und Jugendpsychiatrie ist in der Klinik in Süchteln für den untersuchten Zeitraum insbesondere in den 1960er Jahren ein veränderter Einsatz von Psychopharmaka festzustellen, der bereits in den 1970er Jahren rückläufig war und in der ersten Hälfte der 1980er Jahre schließlich ein deutliches Nachlassen der Medikation von Kindern und Jugendlichen erkennen lässt, wobei nun selbst als „aggressiv ablehnend“ wahrgenommene Patienten ausdrücklich keine Medikation erhalten sollten.

Da die zahlreichen in den 1950er Jahren auf den Markt gelangten Psychopharmaka überwiegend auf Zufallsentdeckung zurückgingen, erbrachte erst ihre Erprobung in der klinischen Praxis auch Erkenntnisse über Indikationsbreite, Wirkung, Dosierung und Nebenwirkungen. Dabei galt eine Erprobung noch nicht im Handel befindlicher Medikamente durch die Landeskrankenhäuser noch Mitte 1960 als bedenkenlos, war aber bereits Anfang Februar 1964 ausdrücklich durch die Gesundheitsabteilung des

LVR verboten worden, wobei jedoch einer kostenlosen Bereitstellung von Medikamenten durch die Pharmaunternehmen für eigene Versuche offenbar nichts entgegenstand.

In den 1960er Jahren veröffentlichten der Oberarzt der 1926 gegründeten „Rheinischen Landeslinik für Jugendpsychiatrie“ [REDACTED] und der Direktor der im Juli 1963 am Landeskrankenhaus Düsseldorf-Grafenberg, vorwiegend für die Begutachtung „erziehungsschwieriger und neurotischer“ Kinder und Jugendlichen vorgesehenen „jugendpsychiatrische Beobachtungsabteilung“ [REDACTED] Erfahrungsberichte über den Einsatz von Psychopharmaka in ihren Einrichtungen, die Einblicke in den Gebrauch und die erhoffte Wirkung der dort angewendeten Präparate geben.

Durch den mit viel beachteten Publikationen zur Wirkung und Dosierung von Neuroleptika hervorgetretener [REDACTED] wurden 1962 organisatorische Vorschläge zur Intensivierung der psychopharmakologischen Forschungen an den Landeskrankenhäusern vorgelegt. Darin regte [REDACTED] wegen der nicht mehr überschaubaren Flut an Veröffentlichungen über die verschiedenen Psychopharmaka zunächst an, ein bis zwei Ärzte für Literaturstudien frei zu stellen, um die wesentlichen Ergebnisse zu neu auf den Markt gelangten Präparaten, unerwünschten Nebenwirkungen und Grundlagenforschung in einem Informationsdienst für die einzelnen Landeskrankenhäuser zugänglich zu machen. Daneben schlug er vor, die klinische Prüfung neuer psychotroper Medikamente, die noch nicht für den Handel freigegeben seien, nach einem gemeinsam mit einem Statistiker zu erarbeiteten Plan vorzunehmen, der sowohl bestimmte klinisch-somatische als auch psychische Prüfungen umfassen müsse.

Kurz darauf wurde auch durch den am Landeskrankenhaus Süchteln tätigen Psychiater [REDACTED] ein Thesenpapier zu „Möglichkeiten der wissenschaftlichen Arzneimittelprüfung in den Rheinischen Landeskrankenhäusern“ vorgelegt, das offenbar ohne Kenntnis der Vorschläge [REDACTED] verfasst worden war. Im Gegensatz zu den Vorschlägen [REDACTED], die vor allem auf die Schaffung struktureller und organisatorischer Voraussetzungen für die Forschung mit Psychopharmaka zielten, lag der Schwerpunkt in dem Papier [REDACTED] deutlich auf methodischen und praktischen Fragen der Durchführung von Medikamenten-Testungen.

In der Diskussion wurde durch den Gesundheitsdezernenten des LVR, [REDACTED] ausdrücklich betont, dass Expertisen für Arzneimittelfirmen in den Landeskrankenhäusern und -kliniken verboten seien. Durch den Vorsitzenden des Fachausschusses für Gesundheitswesen wurde aber darauf hingewiesen, dass die Arzneimittelfirmen durchaus auch ein Interesse daran hätten, zunächst kostenlos Medikamente für Versuche abzugeben. Wann genau und mit welcher Begründung das Verbot von Medikamenten-Testungen für Pharmaunternehmen in den Landeskrankenhäusern und -kliniken ergangen ist, bleibt unklar.

Noch Mitte 1960 hatte es in einer Direktorenkonferenz der Landeskrankenhäuser geheißen, dass gegen eine Erprobung noch nicht handelsüblicher Arzneimittel keine Bedenken bestünden – es müsse lediglich darauf geachtet werden, dass die Anstalten nicht für die Propaganda einzelner Arzneimittelfirmen eingespannt würden.

Durch den Leiter der „jugendpsychiatrischen Beobachtungsabteilung“ in Düsseldorf-Grafenberg, [REDACTED], wurden 1967 die von ihm gemachten Erfahrungen mit „Psychopharmako-therapeutischen Hilfen bei der Behandlung schwer erziehbarer und verhaltensgestörter Jugendlicher“ publiziert. Als entscheidend für die Wirkung von Neuroleptika erachtete [REDACTED] dass „hochgradige Erregungszustände bei mittlerer Dosierung ohne wesentliche Beeinflussung der Bewusstseinsklarheit entspannt“ werden könnten. Die optimale Dosis werde durch Steigerung der Medikamentengaben bis an die Grenze der Verträglichkeit und anschließende leichte Reduzierung erreicht. Es fällt auf, dass sowohl die von [REDACTED] als auch von [REDACTED] beschriebene Zielsetzung der Medikation, insbesondere mit Neuroleptika, in erster Linie der „Sedierung“ von schwierigen oder verhaltensauffälligen Kindern und Jugendlichen dienen sollte. Eine gewisse Zurückhaltung ist lediglich bei stark potenten Neuroleptika wie etwa ‚Haloperidol‘ feststellbar, da das Medikament vor allem antipsychotisch wirkt und entsprechende Krankheitsbilder in der Kinder- und Jugendpsychiatrie nur sehr selten anzutreffen waren.

Medikamenten-Testungen in kinder- und jugendpsychiatrischen Abteilungen des Landschaftsverbandes Rheinland sind anhand von publizierten Forschungsergebnissen, die 1962 und 1972 veröffentlicht worden sind, zu Beginn der 1960er Jahre auf Kinderstationen in Grafenberg und Bedburg-Hau mit dem stark potenten Neuroleptikum ‚Haloperidol‘ und Anfang der 1970er Jahre in der „Rheinischen Landeslinik für Jugendpsychiatrie Süchteln“ mit dem schwach wirksamen Neuroleptikum ‚Dipiperon‘ vorgenommen worden.

Durch den [REDACTED] vom Rheinischen Landeskrankenhaus Düsseldorf-Grafenberg wurde im Laufe des Jahres 1962 eine Versuchsreihe mit dem stark potenten Neuroleptikum ‚Haloperidol‘, das in der Erwachsenenpsychiatrie vor allem zur Behandlung von Psychosen gegeben wurde, auf den Kinderstationen der Landeskrankenhäuser Grafenberg und Bedburg-Hau durchgeführt. Da die bis dahin publizierten Ergebnisse überwiegend eine positive Wirkung des ‚Haloperidol‘ auf agitiertes und aggressives Verhalten bei Kindern ebenso konstatierten wie eine im Vergleich zu Erwachsenen bessere Verträglichkeit hoher Neuroleptika-Dosen im Kindesalter, wurde das Medikament durch Haberlandt an 23 Patienten der Kinderstation in Grafenberg und weiteren zwölf Patienten einer Kinderabteilung des Rheinischen Landeskrankenhauses Bedburg-Hau getestet. Nach Angaben des Pharmaunternehmens Janssen, das sowohl das ‚Haloperidol‘, wie auch das ‚Dipiperon‘ auf den Markt gebracht hat, handelte es sich bei beiden Testreihen nicht um eine von der Herstellerfirma veranlasste klinische Prüfung, sondern um eine Medikamenten-Erprobung, die auf Initiative und in eigener Verantwortung durch Klinikärzte erfolgt war.

Der Anfang der 1970er Jahre in der „Rheinischen Landesklinik für Jugendpsychiatrie Süchteln“ durchgeführte Medikamententest mit ‚Dipiperon‘ an zwölf- bis vierzehn Jahre alten Kindern mit „erhöhte(r) Aggressivität oder Unverträglichkeit“ sollte ebenfalls die Anwendung eines Neuroleptikums „zur Beeinflussung kindlicher Verhaltensstörungen“ in der Jugendpsychiatrie erproben. Das in der Veröffentlichung des Dipiperon-Versuchs mitgeteilte Forschungsdesign wurde keineswegs so konsequent umgesetzt, wie in dem Aufsatz zur Versuchsreihe dargestellt: So wurde weder ein Verzicht auf die Gabe anderer Medikamente im Vorfeld und während des Versuches durchgehalten, noch entsprach die für die beiden Testphasen vorgesehene Zeitdauer tatsächlich durchweg den Angaben in der Publikation. Zumindest in der ersten Testphase wurde den Kindern größtenteils eine erheblich stärkere Dosis verabreicht als von der Herstellerfirma empfohlen. Erst in der zweiten Phase des Versuches erhielten die Probanden eine von der Herstellerfirma Janssen empfohlene Dosis, falls sie nicht als Teil der Kontrollgruppe ein Placebo erhielten. Inwieweit eine derartige, plötzliche Reduktion der Dosis sich nicht auch zugleich auf die Wirkung des Medikamentes auf die Versuchspersonen ausprägte, wurde in der Publikation der Ergebnisse nicht weiter problematisiert.

Sowohl der Haloperidol-Versuch in den Landeskrankenhäusern Düsseldorf-Grafenberg und Bedburg-Hau, wie auch der Dipiperon-Versuch in der „Rheinischen Landesklinik für Jugendpsychiatrie Süchteln“ waren als klinische Studien zur Wirksamkeit, dem Anwendungsbereich und der Dosisfindung nach bereits erfolgter Markteinführung der Präparate angelegt.

Da Arzneimittelprüfungen in der Bundesrepublik Deutschland lange Zeit weitgehend der Selbstkontrolle von Pharmaunternehmen und Medizinern*innen überlassen blieben und erst mit dem Arzneimittelgesetz von 1976 detaillierte Bestimmungen über die Durchführung von Arzneimittelstudien erlassen wurden, waren die beiden Versuche nach den seinerzeit geltenden juristischen Rahmenbedingungen wohl nicht zu beanstanden.

Die von Medizinern*innen im Allgemeinen als verbindlich akzeptierten medizinethischen Standards lassen beide Versuchsreihen auf kinder- und jugendpsychiatrischen Stationen in Kliniken des LVR jedoch durchaus als problematisch erscheinen, da das Verhältnis von Risiko und Nutzen der Versuche offenbar nicht sorgfältig gegeneinander abgewogen wurde und auch eine Vermeidung unnötiger körperlicher und geistiger Leiden für die Versuchspersonen nicht sichergestellt war.

Beide Versuche zielten darauf besonders erziehungsschwierige bzw. pflegeaufwändige Kinder medikamentös ruhig zu stellen, so dass sich die Frage stellt, ob die Versuche tatsächlich Erkenntnisse erbringen sollten, die für geistig behinderte und psychisch kranke Kinder von Nutzen waren oder nicht vielmehr für das mit ihnen überforderte Klinikpersonal. Ob und inwieweit ein informiertes Einverständnis der Probanden oder ihrer gesetzlichen Vertreter für die Versuche eingeholt wurde, muss offenbleiben, da

sich in den zugänglichen Quellen hierzu keinerlei Befunde haben feststellen lassen, aber durchaus denkbar ist, dass diese an anderer Stelle dokumentiert wurden.

Mit freundlichen Grüßen

Die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland

In Vertretung

A large, irregular black redaction mark covering the signature of the director.

LVR-Dezernentin für Kultur und Landschaftliche Kulturpflege

18. MAI 2017
Priv. 22
221

Frau
Barbara Steffens
Ministerin für Gesundheit,
Emanzipation, Pflege und Alter
des Landes Nordrhein-Westfalen
Horionplatz 1
40213 Düsseldorf

WGEPA NRW - Ministerin für
 Min. M1 M2 M3 M4 GG
Tgb.-Nr.: 211-1441116 Abt. 2
Eingang: 11. Mai 2017
 +Min. vMin. +StS'in vStS'in
 StN Erst

16. MAI 2017
1715

We 115

Münster, 5. Mai 2017

A 1315
D. Meyer
LMB

**Verdacht auf Medikamententests an Heimkindern in NRW im Zeitraum 1957 bis 1972, Ihre Schreiben vom 13.02.2017, 10.04.2017 und 25.04.2017
LWL-Kliniken für Kinder- und Jugendpsychiatrie**

Sehr geehrte Frau Ministerin,

auf der Grundlage der o.g. Schreiben und mit Blick auf Ihre Einladung zum gemeinsamen Gesprächstermin „Medikamententests an Heimkindern“ am 9. Mai 2017 möchte ich Ihnen aus Sicht der Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe als Träger von drei kinder- und jugendpsychiatrischen Kliniken im besagten Zeitraum folgenden Zwischenstand berichten:

1. LWL-Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie Marsberg (St. Johannes-Stift Marsberg)

Im Zusammenhang mit dem „runden Tisch Heimerziehung“ hat der Gesundheits- und Krankenhausausschuss des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe bereits im Juni 2013 eine wissenschaftlich fundierte Dokumentation zu vergleichbaren Missständen im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie angeregt (siehe Anlage 1, Vorlage 13/1374). Darauf aufbauend wurde das „LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte“ im August 2013 beauftragt, „eine wissenschaftlich fundierte Dokumentation zur Misshandlung von Patientinnen



und Patienten im St. Johannes-Stift Marsberg in den 1950er, 60er und 70er-Jahren unter besonderer Berücksichtigung der Perspektive und Biografie der betroffenen Personen“ durchzuführen (siehe Anlage 2, Vorlage 13/1438).

Nach Durchführung dieser Untersuchung wurden die Projektergebnisse durch die beiden Verfasser [REDACTED] und [REDACTED] im Rahmen einer Fachtagung „Psychiatrie- und Gewalterfahrungen von Kindern und Jugendlichen im St. Johannes-Stift in Marsberg (1945 bis 1980) „Anstaltsalltag, individuelle Erinnerung, biographische Verarbeitung“ am 9. Februar 2017 im LWL-Landeshaus Münster öffentlich vorgestellt. Unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern war der Vorsitzende des Landtagsausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales, [REDACTED] sowie als Vertreterin Ihres Ministeriums [REDACTED] vertreten. Den Einladungsflyer und den entsprechenden schriftlichen Abschlussbericht füge ich diesem Schreiben als Anlage 3 ebenfalls bei.

Wie im Rahmen dieser Veranstaltung bereits angekündigt, hat der LWL darüber hinaus einen „internen runden Tisch“ für die am Projekt beteiligten ehemaligen Patientinnen und Patienten des St. Johannes-Stiftes Marsberg organisiert. Dieser fand mit großer und positiver Resonanz am 29. März 2017 statt (siehe Anlage 4, Einladung/Programm).

Noch während der Auswertungsphase dieses Projektes erschien die Veröffentlichung von Frau Sylvia Wagner „Ein unterdrücktes und verdrängtes Kapitel der Heimgeschichte“, was die beiden beauftragten Autoren des Forschungsberichtes zu einer vertieften Fokussierung auf die Frage der Medikamentenversuche veranlasste. [REDACTED] hatte hierzu persönlichen Kontakt mit Frau Wagner aufgenommen und die diesbezüglichen jeweiligen Forschungserkenntnisse ausgetauscht und abgeglichen. Danach gibt es bislang weder in den Recherchen von Frau Wagner noch im eigenen LWL-Projekt Hinweise auf die Durchführung von einzelfallbezogenen oder systematischen Medikamentenversuchen an Patientinnen und Patienten des St. Johannes-Stiftes Marsberg im besagten Zeitraum. Dies gilt sowohl für systematische Studien auf Veranlassung von Pharmafirmen noch auf selbsttätige Initiative einzelner Ärzte hin. Sehr wohl finden sich in unserer Studie jedoch vielfältige Hinweise auf den missbräuchlichen Einsatz von Medikamenten als Disziplinierungsmittel. Diese Studienergebnisse wurden in der Veranstaltung des internen runden Tisches von vielen Betroffenen bestätigt und eindrucksvoll und detailreich geschildert.

2. LWL-Universitätsklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychotherapie, Psychosomatik Hamm

Im Jahr 1952 wurde aufgrund der starken Überbelegung des St. Johannes-Stiftes Marsberg eine Kinder- und Jugendpsychiatrische Abteilung an der damaligen LWL-Klinik Gütersloh gegründet. Diese wurde im Jahr 1965 nach Hamm verlegt und seit diesem Zeitpunkt dort als „Westfälisches Institut für Jugendpsychiatrie und Heilpädagogik“ betrieben.

Zurzeit beteiligt sich die heutige LWL-Universitätsklinik Hamm an einer wissenschaftlichen Untersuchung zur damaligen Unterbringungssituation im Rahmen eines Promotionsverfahrens. [REDACTED] untersucht derzeit (betreut von [REDACTED] die „Herausbildung der Kinder- und Jugendpsychiatrischen Abteilungen Weißenau und Gütersloh (jetzt Hamm) anhand von Verwaltungs- und Krankenunterlagen 1952 und 1957“. Nach unserem Kenntnisstand hat [REDACTED] für diese Forschungsarbeit bereits 782 Akten der Patientenjahrgänge 1952/53 und 1957 gesichtet. Aufgrund der bislang erfolgten Rückmeldungen an die beteiligte LWL-Universitätsklinik Hamm ist davon auszugehen, dass in dieser Studie bislang keinerlei Hinweise auf systematische Medikamentenversuche an Patientinnen und Patienten in Hamm gefunden worden sind. Die abschließenden Ergebnisse dieser Forschungsarbeit bleiben abzuwarten.

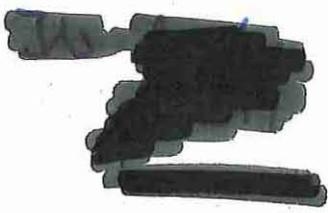
3. LWL-Klinik Marl

Der LWL-PsychiatrieVerbund hat auch seine dritte Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie der damaligen Zeit verstärkt mit in den Fokus genommen. Hier in Marl-Sinsen wurde eine Zufallsstichprobe aus den noch vorhandenen ca. 400 Patientenakten aus dem besagten Zeitraum gezogen. Ziel war es, in einer Art „Probeforschung“ orientierende Erkenntnisse zu gewinnen. [REDACTED] hat als ärztlicher Direktor der LWL-Klinik Marl persönlich 10% des vorhandenen Aktenbestandes analysiert und ausgewertet. Auf der Grundlage dieser 40 Aktenanalysen ergeben sich keine Hinweise auf seinerzeitige Medikamentenversuche an Patientinnen und Patienten der LWL-Klinik Marl. Wie auch in anderen Untersuchungsfeldern sind jedoch auch hier Hinweise auf einzelfallbezogenen Medikamentenmissbrauch (z.B. Gabe von Medikamenten in hoher Dosis) feststellbar.

Auf der Grundlage dieser Ergebnisse geht der Landschaftsverband Westfalen-Lippe aktuell davon aus, dass im Bereich seiner drei eigenen LWL-Kliniken für Kinder- und Jugendpsychiatrie im besagten Zeitraum keine systematischen Medikamententests weder auf Initiative von Pharmafirmen noch durch einzelne Ärzte durchgeführt worden sind. Umgekehrt können entsprechende Befunde selbstverständlich aber auch nicht ausgeschlossen werden, da keine Vollerhebung durchgeführt worden ist. Dagegen belegt insbesondere die detaillierte Studie zum St.-Johannisstift Marsberg sowohl auf Basis von Akteninformationen als auch auf Basis der Betroffeneninterviews die vielfach missbräuchliche Gabe von Medikamenten zu Disziplinierungszwecken.

Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe wird sich auch weiterhin um vertiefende Aufklärung zum Themenkomplex „Medikation und Gewalt“ kümmern. Ich erkläre erneut gerne die Bereitschaft mit Ihrem Ministerium als auch mit Einrichtungs- und Kostenträgern zu kooperieren.

Mit freundlichen Grüßen

A large, irregular black redaction mark covering the signature area of the document.



Ministerium für Gesundheit, Emanzipation,
Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen

20. April 2017

MARIENBORN gGmbH Postfach 53903 Zülpich

MGEPA
Nordrhein-Westfalen

40190 Düsseldorf

Abl. Anl. Blatt/Haft

Geschäftsführung

Luxemburger Straße 1
53909 Zülpich
Telefon 02252 - 53 - 0
Telefax 02252 - 53 - 211
www.marienborn-zuelpich.de

IK-Nr. 260 530 944

Zertifiziert nach DIN EN ISO 9001:2008

MARIENBORN gGmbH

Kartäuserhof 45
50678 Köln

HRB-Nr. 34979 Köln
UST-ID-Nr. DE813427640

20. APR. 2017, 2
22
221

Datum

13.04.2017

Verdacht auf Medikamententests an Heimkindern in NRW im Zeitraum 1957 bis 1972 (Veröffentlichung von Frau Sylvia Wagner: „Ein unterdrücktes und verdrängtes Kapitel der Heimgeschichte“)

Ihr Schreiben vom 07. April 2017

Sehr geehrte [REDACTED]

bezugnehmend auf Ihr o.g. Schreiben teilen wir Ihnen mit, dass in unserer Klinik keine Kinder oder Jugendliche behandelt wurden.

Mit freundlichen Grüßen

- Fach- und Tagesklinik für Psychiatrie und Psychotherapie, 53909 Zülpich
- Institutsambulanz, 53909 Zülpich
- Gerontopsychiatrische Beratungsstelle, 53909 Zülpich
- Tagesklinik Hürth, 50354 Hürth
- Wohnverbund, 50226 Frechen-Königsdorf / 53909 Zülpich
- Altenzentrum St. Anno, 51067 Köln-Holweide
- Altenzentrum St. Augustinus, 50226 Frechen-Königsdorf
- Altenzentrum St. Elisabeth, 53909 Zülpich
- Altenzentrum St. Josefsheim, 50859 Köln
- Altenzentrum und Wohnheim St. Katharina, 50735 Köln-Niehl
- Altenheim Kloster Heisterbach, 53639 Heisterbach
- Altenheim St. Martin, 51143 Köln
- Altenheim und Tagespflege Maria Hilf, 53332 Bornheim
- Beatmungspflege St. Severinus, 50678 Köln
- Pflegezentrum St. Hermann-Josef, 53947 Nettersheim
- Catering der MARIENBORN gGmbH, 53909 Zülpich / 53639 Heisterbach
- Integrationsunternehmen MIC gGmbH, 53879 Euskirchen

Ministerium für Arbeit,
Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen

04. Nov. 2019

..... Anl. Akt.Ht.



Marienhospital Letmathe

Märkische Kliniken GmbH - Marienhospital Letmathe
Hagener Str. 121 - 58642 Iserlohn

Ministerium für Arbeit, Gesundheit
und Soziales NRW
40190 Düsseldorf

TU Ho i.V.
TU B
TU B5 Kachia
Ob.M.

[Redacted]
58642 Iserlohn

Telefon [Redacted]
Telefax [Redacted]

Bearbeiter [Redacted]
Telefon [Redacted]
www.maerkische-kliniken.de

Iserlohn 28.10.2019

**Verdacht auf Medikamententests an Heimkindern in NRW im Zeitraum 1957 bis 1972
(Veröffentlichung von Frau Sylvia Wagner: „Ein unterdrücktes und verdrängtes
Kapitel der Heimgeschichte“)**

Aktenzeichen G.0611

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir nehmen Stellung auf Ihr Schreiben vom 16.10.2019.

Uns liegen leider keine Erkenntnisse vor, dass in den unter unserer Trägerschaft stehende Einrichtungen, Arzneimittel in einem über die individuelle Heilbehandlung hinausgehendem Umfang im Zeitraum von 1957 bis 1972 zum Einsatz gekommen sind. Eine Prüfung, ob seinerzeit in unseren Einrichtungen regelhaft Kinder und Jugendliche behandelt wurden, kann nicht vorgenommen werden, da dieses vor der Gründung der Märkischen Kliniken GmbH erfolgte (ehemals Städtisches Krankenhaus). Dem Trägerwechsel und der Umzüge der Kinderklinik und der Abteilung für Kinder- und Jugendpsychiatrie geschuldet, liegen leider aus dieser Zeit keine Patientenakten mehr vor. Fernerhin ist eine Archivierung der Akten grundsätzlich auf einen Zeitraum von 30 Jahren begrenzt. Dementsprechend haben wir aus dieser Zeit keine Patientenakten mehr vorliegen. Sämtliche damals verantwortlichen Personen befinden sich nicht mehr im Dienst. Inwiefern bei der Aufnahme zur stationären Behandlung eine schriftliche Vereinbarung (Aufnahmebogen) geschlossen wurde, entzieht sich ebenfalls unserer Kenntnis. Unsererseits erfolgten in dieser Sache in Ermangelung eines konkreten Anlasses auch keinerlei eigene Recherchen. Leider können wir Ihnen aufgrund der dargestellten Gründe somit nicht weiterhelfen. Für weitere Fragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Märkische Kliniken GmbH

[Redacted signature]

[Redacted signature]

Märkische Kliniken GmbH
Sitz und Gerichtsstand:
[Redacted]

[Redacted]

[Redacted]

TU 05. APR 2019
TU B
TU 35



Märkische Kliniken GmbH
Paulmannshöher Str. 14 - 58515 Lüdenscheid

Klinikum Lüdenscheid
Marienhospital Letmathe
Stadtklinik Werdohl
Direktionsabteilung

Ministerium für Arbeit, Gesundheit
und Soziales NRW
40190 Düsseldorf

[Redacted]
Paulmannshöher Str. 14
58515 Lüdenscheid

Telefon [Redacted]
Telefax [Redacted]

Bearbeiter [Redacted]
Telefon [Redacted]
www.maerkische-kliniken.de

Ministerium für Arbeit,
Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen

05. April 2019

..... Anl. Akt.Ht.

Social
Lüdenscheid, 02.04.2019
[Redacted]

**Verdacht auf Medikamententests an Heimkindern in NRW im Zeitraum 1957 bis 1972
(Veröffentlichung von Frau Sylvia Wagner: „Ein unterdrücktes und verdrängtes
Kapitel der Heimgeschichte“)**

Aktenzeichen G.0611

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir nehmen Stellung auf Ihr Schreiben vom 19.03.2019.

Uns liegen leider keine Erkenntnisse vor, dass in den unter unserer Trägerschaft stehende Einrichtungen, Arzneimittel in einem über die individuelle Heilbehandlung hinausgehendem Umfang im Zeitraum von 1957 bis 1972 zum Einsatz gekommen sind.

Eine Prüfung, ob seinerzeit in unseren Einrichtungen regelhaft Kinder und Jugendliche behandelt wurden, kann nicht vorgenommen werden, da dieses vor der Gründung der Märkischen Kliniken GmbH erfolgte (ehemals-Städtisches Krankenhaus). Dem Trägerwechsel und der Umzüge der Kinderklinik und der Abteilung für Kinder- und Jugendpsychiatrie geschuldet, liegen leider aus dieser Zeit keine Patientenakten mehr vor. Fernerhin ist eine Archivierung der Akten grundsätzlich auf einen Zeitraum von 30 Jahren begrenzt. Dementsprechend haben wir aus dieser Zeit keine Patientenakten mehr vorliegen. Sämtliche damals verantwortlichen Personen befinden sich nicht mehr im Dienst.

Inwiefern bei der Aufnahme zur stationären Behandlung eine schriftliche Vereinbarung (Aufnahmebogen) geschlossen wurde, entzieht sich ebenfalls unserer Kenntnis. Unsererseits erfolgten in dieser Sache in Ermangelung eines konkreten Anlasses auch keinerlei eigene Recherchen.

Leider können wir Ihnen aufgrund der dargestellten Gründe somit nicht weiterhelfen. Für weitere Fragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Märkische Kliniken GmbH

[Redacted signature area]

[Redacted signature area]

Märkische Kliniken GmbH
Sitz und Gerichtsland:

[Redacted signature area]

[Redacted signature area]

Steuernummer:

Pro homine gGmbH • Geschäftsführung • Kramperstr. 1 • 46483 Wesel

Ministerium für Arbeit, Gesundheit
und Soziales Nordrhein-Westfalen

40190 Düsseldorf

Ministerium für Arbeit,
Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen

29. März 2019

..... Anl. Akt.Ht.

Kramperstraße 1
46483 Wesel
Postfach 10 00 95
46462 Wesel

Telefon: [REDACTED]

Durchwahl: [REDACTED]

Telefax: [REDACTED]

Wesel, 28.03.2019
JH/ch

Handwritten:
29. MRZ. 2019
IV 3
IV 3 5
12/14

Ihr Zeichen: G.0611 Kinderheime,
Ihre Schreiben vom 07.04.2017 und 19.03.2019
Verdacht auf Medikamententests an Heimkindern in NRW
im Zeitraum 1957 bis 1972

Sehr geehrte [REDACTED]

wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 19.03.2019, in dem Sie
erneut das Thema aufgreifen. Nach einem hier stattgefundenen
Wechsel in der Geschäftsführung haben wir festgestellt, dass Ihre
Anfrage vom 07.04.2017 bedauerlicherweise nicht beantwortet
wurde.

Nach den Erkenntnissen, die den derzeit handelnden Personen
vorliegen, hat es in unserem Haus keine Behandlung von Kindern
und Jugendlichen mit Arzneimitteln, die über die individuelle
Heilbehandlung hinaus notwendig waren, gegeben. Zudem liegen
uns aus dieser Zeit keine Patientenunterlagen mehr vor.

Bei weiteren Fragen können Sie sich gerne an uns wenden.

Freundliche Grüße
[REDACTED]



Ministerium für Gesundheit, Emanzipation,
Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen

09. Juni 2017

Abl. Anl. Blatt/Heft

Bezirksregierung Köln, 50606 Köln

Ministerium für Gesundheit,
Emanzipation, Pflege und Alter
Horionplatz 1
40213 Düsseldorf

09. JUNI 2017

2 *dk*
22 12.06.17
221 *Ro*
1216 *Ro*

Datum: 08.06.2016
Seite 1 von 1

Aktenzeichen:
24.31.00

Auskunft erteilt:

[Redacted]
[Redacted]
[Redacted]
Zimmer: [Redacted]
Telefon: [Redacted]
Fax: [Redacted]

Verdacht auf Medikamententests an Heimkindern in NRW im Zeitraum von 1957 bis 1972 (Veröffentlichung von Frau Sylvia Wagner: "Ein unterdrücktes und verdrängtes Kapitel der Heimgeschichte")

Ihr Erlass vom 07.04.2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Bezirksregierung Köln melde ich Fehlanzeige.
Alle Kreise und kreisfreien Städte haben keine Erkenntnisse zu den
gestellten Fragen.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

[Redacted]
[Redacted]

Zeughausstraße 2-10,
50667 Köln

DB bis Köln Hbf,
U-Bahn 3,4,5,16,18
bis Appellhofplatz

Besuchereingang (Hauptpforte):
Zeughausstr. 8

Telefonische Sprechzeiten:
mo. - do.: 8:30 - 15:00 Uhr

Besuchertag:
donnerstags: 8:30 - 15:00 Uhr
(weitere Termine nach
Vereinbarung)

Landeskasse Düsseldorf:
Landesbank Hessen-Thüringen
IBAN:
DE59 3005 0000 0001 6835 15
BIC: WELADEDXXX
Zahlungsvavise bitte an
zentralebuchungsstelle@
brk.nrw.de

Hauptsitz:
Zeughausstr. 2-10, 50667 Köln
Telefon: (0221) 147 - 0
Fax: (0221) 147 - 3185
UST-ID-Nr.: DE 812110859

poststelle@brk.nrw.de
www.bezreg-koeln.nrw.de

Sozialwerk St. Georg e.V. • Vorstand • Uechtingstr. 87 • 45881 Gelsenkirchen
Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen
[Redacted]
40190 Düsseldorf

Der Vorstand
Sozialwerk St. Georg e.V.
Uechtingstraße 87
45881 Gelsenkirchen
[Redacted]
www.gemeinsam-anders-stark.de/vorstand
info@sozialwerk-st-georg.de

10 : 20. NOV. 2019
10 B 20. NOV. 2019
10 B5 [Signature]
[Signature]

Ministerium für Arbeit,
Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen
20. Nov. 2019
..... Anl. Akt.Ht.

Gemeinsam. Anders. Stark.

13.11.2019
Verdacht auf Medikamententests an Heimkindern in NRW im Zeitraum 1957 bis 1972
Aktenzeichen G.0611

Sehr geehrter [Redacted]

entschuldigen Sie bitte die verzögerte Beantwortung Ihrer Anfrage. Wie bereits per Email mitgeteilt, hatten wir Ihr Schreiben aus dem Jahr 2017 nicht erhalten, haben aber Ihre Nachfrage aus diesem Jahr zum Anlass genommen, Nachforschungen zu einem möglichen missbräuchlichen Einsatz von Arzneimitteln bei Kindern und Jugendlichen im Zeitraum von 1957 bis 1972 im Sozialwerk St. Georg e.V. durchzuführen.

Vorweg:
Der Sozialwerk St. Georg e.V. wurde 1952 als „Jugendwohnheim-Verein-Erle“ gegründet. Gründungsanlass war die Einrichtung von sog. Knappenwohnheimen für Bergwerksauszubildende aufgrund einer Initiative der örtlichen Kirchengemeinde St. Barbara.

Nachdem die Bergbaukrise und entsprechenden Schließungen von Zechen für einen Leerstand der Einrichtungen sorgten, wurden ab ca. 1966 in enger Abstimmung mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) die ehemaligen Wohnrichtungen für Auszubildende zu Betreuungseinrichtungen für Menschen mit Behinderungen umgestaltet, darüber hinaus neue Immobilien erworben und für die Betreuung Personal eingestellt bzw. geschult. In der Folge dieser Aufbauphase wurde 1970 die Bezeichnung von „Jugendwohnheim-Verein-Erle“ in Sozialwerk St. Georg geändert, 1972 erfolgte die entsprechende Eintragung im Vereinsregister.

Vorstand: [Redacted] Vereinssitz: Gelsenkirchen USt-IdNr.: DE 125 010 671
[Redacted] Amtsgericht GE-Buer, VR 20363 Steuer-Nr.: 319/5921/5516

NETZ
WERK soziales
neu
gestalten





Der LWL hatte zum großen Platzaufbau in den 1960ziger Jahren maßgeblich durch Vermittlungspraxis eigener Patienten und seine Finanzierung beigetragen; darüber nahm er fachlich durch einen vom Landschaftsverband benannten Facharzt für Psychiatrie Einfluss. Anfang / Mitte der 1970ziger Jahre war der Verein zur größten psychiatrischen Einrichtung in freier Trägerschaft in Deutschland geworden.

Die durch den zum Teil ungezügeltten Aufbau entstandenen Möglichkeiten wurden von Führungskräften, Mitarbeitenden und auch Externen zu diversen Eigentumsdelikten zu Lasten des Unternehmens ausgenutzt. Dies führte zum einen zu strafrechtlichen Verfolgungen und Verurteilungen bis Mitte der 1980ziger Jahre, zum anderen zu großen Herausforderungen in der Bewältigung der fachlichen und finanziellen Krise.

Die Ausrichtung des Sozialwerk St. Georg e.V. war von Anfang an auf die Übernahme von erwachsenen Menschen mit Behinderungen aus der Psychiatrie ausgerichtet, so dass in dem angegebenen Zeitraum im Sozialwerk St. Georg e.V. keine Kinder und Jugendliche regelhaft betreut wurden. Wir wissen vom Einzug vereinzelter Jugendliche in die Einrichtungen der Eingliederungshilfe, können aber hier kein vollständiges Bild mehr herstellen. Kinderheime oder Jugendhilfeeinrichtungen wurden jedenfalls nicht betrieben.

Auf Grund der gesetzlichen Aufbewahrungs- und Lösungsfristen befinden sich nur noch einzelne Klientenakten im Archiv des Sozialwerk St Georg. Diese beinhalten Stammdaten, jedoch nicht die Pflege- oder Betreuungsdokumentationen, die Aufschluss über den Umgang mit Arzneimitteln geben könnten.

Allerdings steht uns zur Annäherung an diese Frage das Ergebnis eines der oben erwähnten strafrechtlichen Ermittlungsverfahren zur Verfügung. Durch den Verein Dortmunder Selbsthilfe e.V. wurde im Jahr 1981 Strafanzeige gegen Ärzte und Verantwortlichen des Sozialwerk St. Georg e.V. wegen Körperverletzung durch Medikamentenmissbrauch mittels Psychopharmaka in tausenden Fällen gestellt.

In dem nachfolgenden Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Bochum (Aktenzeichen 30 Js 32/82) [REDACTED] Direktor der Psychiatrischen und Nervenklinik der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster anhand der Durchsicht von 29 sichergestellten Patientenakten ein ärztliches Sachverständigengutachten. Das Gutachten kommt zu den folgenden wesentlichen Feststellungen:

1. Es lässt sich in keinem der Fälle eine unnötige und nicht indizierte Gabe von neuroleptisch, antidepressiv und tranquilisierend wirkenden Psychopharmaka sicher nachweisen.
2. In keinem Fall sind durch verabreichte Kombinationen aus Psychopharmaka gesundheitliche Schädigung eines Patienten nachzuweisen.
3. Ferner wurde festgestellt, dass entgegen den geläufigen Regeln der medizinischen Wissenschaft, die allgemein üblichen Kontrolluntersuchungen bei Patienten selten durchgeführt wurden, obwohl diese zum Teil hoch dosierte bzw. kombinierte Psychopharmaka bekamen. Eine dadurch eingetretene Gesundheitsschädigung ist jedoch nicht sicher zu konstatieren.



Seite 3 unseres Schreibens vom 13.11.2019

Das Verfahren wurde deshalb gem. § 170 Abs. 2 StPO mangels hinreichenden Tatverdachts eingestellt. Das Schreiben der Staatsanwaltschaft Bochum finden Sie als Anlage beigelegt.

Auch wenn die damals ausgewerteten Klientenakten nur einen Ausschnitt darstellten, gehen wir auf dieser Grundlage, aufgrund der Gründungsgeschichte des Unternehmens und den uns heute noch zur Verfügung stehenden Information und Akten davon aus, dass es keine organisierte, d.h. mit Pharmaunternehmen abgesprochenen Testreihen zulasten von Kindern und Jugendlichen gegeben hat.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen





Handwritten notes in blue ink: '10 APR. 2019' with a circled '10', and 'IV', 'IV B', 'IV BS' stacked vertically. There are also some illegible scribbles and a date '10.4.19' at the bottom right of the notes.

St. Augustinus-Kliniken gGmbH Postfach 10 03 64 41403 Neuss

Ministerium für Arbeit,
Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen

40190 Düsseldorf

Ministerium für Arbeit,
Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen
10. April 2019
..... Anl. Akt.Ht.

08.04.2019 **Geschäftsführung**

Hausanschrift:
Stresemannallee 6
41460 Neuss

Ansprechpartner:

[Redacted contact information]

**Verdacht auf Medikamententests an Heimkindern in NRW
im Zeitraum 1957 bis 1972**

Sehr geehrter [Redacted]

Bezug nehmend auf Ihr Schreiben vom 19.03.2019 teilen wir Ihnen mit, dass es die St. Augustinus-Kliniken gGmbH in dem o. g. Zeitraum noch nicht gab, da diese erst im Juni 2004 gegründet wurde.

Folglich können wir zum Zeitraum 1957 bis 1972 zum Verdacht auf Medikamententests an Heimkinder keine Aussage tätigen.

Mit freundlichen Grüßen

[Redacted signature]

Vorsitzender der Geschäftsführung

St. Augustinus-Kliniken gGmbH
Eine Gründung der Neusser
Augustinerinnen und der
Neusser Alexianerbrüder
Stresemannallee 6
41460 Neuss

T 02131 529 79000
F 02131 529 79001

info@st-augustinus-kliniken.de
www.st-augustinus-gruppe.de

[Redacted text]

USt-Id-Nr.: DE815430621

[Redacted text]

[Redacted text]

AG Neuss HRB 11040



ST. FRANZISKUS-HOSPITAL
MÜNSTER



Akademisches Lehrkrankenhaus
der Westfälischen Wilhelms-Universität

St. Franziskus-Hospital, Hohenzollertring 70, 48145 Münster



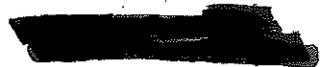
Spenden Sie

MEHR



FÜR NÄHE

www.mehr-raum-für-nae.de



Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Nordrhein-Westfalen
Kinderheime

40190 Düsseldorf

Münster, 8. April 2019

Verdacht auf Medikamententests an Heimkindern in NRW im Zeitraum 1957 bis 1972 (Veröffentlichung von Frau Silvia Wagner: „Ein unterdrücktes und verdrängtes Kapitel der Heimgeschichte“)

Ihr Schreiben vom 19.3.2019- Aktenzeichen G.0611 Kinderheime

Sehr geehrter

bezugnehmend auf Ihr o.g. Schreiben möchten wir Ihnen mitteilen, dass das St. Franziskus-Hospital Münster, dessen Träger die St. Franziskus-Stiftung Münster ist, im genannten Zeitraum Kinder und Jugendliche behandelt hat. Patientenakten liegen auf Grund der Verjährungsfristen von 30 Jahren für die Jahre 1957 bis 1972 nicht mehr. Die Akten werden turnusmäßig nach Ablauf der Frist vernichtet, sodass wir Ihnen leider keine weitere Auskunft erteilen können.

Freundliche Grüße



St. Franziskus-Hospital
GmbH, Münster
Hohenzollertring 70
48145 Münster
Tel. 02 51 19 35-0
info@sfh-muenster.de
www.sfh-muenster.de

Amtsgericht Münster HRB 670
Eine Einrichtung der
St. Franziskus-Stiftung Münster



www.stfranziskus.de



St. Franziskus-Hospital Ahlen, Robert-Koch-Straße 55, 59227 Ahlen

MGEPA
Nordrhein-Westfalen
Horionplatz 1
40213 Düsseldorf

Ministerium für Gesundheit, Emanzipation,
Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen
06. Juni 2017
Abt. Anl. Blatt/Heft

06. JUNI 2017 2
22
221
VA 716

Verwaltungsdirektor

Sekretariat

Ahlen, 31.05.17

**Verdacht auf Medikamententests an Heimkindern in NRW
im Zeitraum 1957 bis 1972 (Veröffentlichung von Frau Sylvia Wagner: „Ein
unterdrücktes und verdrängtes Kapital der Heimgeschichte“)**

Sehr geehrte(r) [Redacted]

aufgrund Ihres Schreibens vom 07.04.2017 melden wir uns als St. Franziskus-Hospital Ahlen GmbH auch für die St. Vincenz-Gesellschaft mbH. Im Jahr 2010 fand die Ausgliederung des St. Franziskus-Hospitals Ahlen aus der St. Vincenz-Gesellschaft mbH statt. Die St. Vincenz-Gesellschaft mbH ist seitdem ausschließlich Trägerin von Behinderteneinrichtungen. Die St. Franziskus-Hospital Ahlen GmbH betreibt seitdem ausschließlich das Krankenhaus sowie die Krankenpflegeschule und die Hebammenschule.

Unsere Recherchen haben ergeben, dass in dem von Ihnen angefragten Zeitraum Kinder und Jugendliche in unserem Krankenhaus behandelt wurden. Entsprechend der gesetzlichen Aufbewahrungsfrist von 30 Jahren, sind diese Patientenunterlagen jedoch vernichtet worden, so dass wir Ihnen leider keine weitere Auskunft erteilen können.

Mit freundlichen Grüßen
St. Franziskus-Hospital Ahlen GmbH

[Redacted signature]

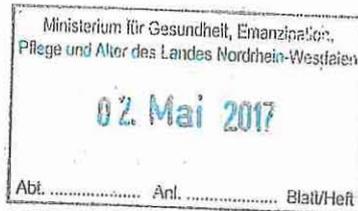


St. Vincenz-Krankenhaus GmbH • Am Busdorf 2 • 33098 Paderborn

Geschäftsführung

[Redacted]

Ministerium für Gesundheit,
Emanzipation, Pflege und Alter
des Landes Nordrhein-Westfalen



40 190 Düsseldorf

Am Busdorf 2
33098 Paderborn

Telefon: [Redacted]
Fax: [Redacted]
E-Mail: [Redacted]

26. April 2017
We/ru

Verdacht auf Medikamententests an Heimkindern in NRW
Ihr Schreiben vom 7. April 2017 – Aktenzeichen: 221 -

02. MAI 2017 2
22
221 VSt 315

Sehr geehrte Damen und Herren,

bezugnehmend auf Ihr oben genanntes Schreiben teilen wir Ihnen mit, dass es aus heutiger Sicht keine Anhaltspunkte darüber gibt, dass in der Kinderklinik des St. Vincenz-Krankenhauses Arzneimittel in einem über die individuelle Heilbehandlung hinausgehenden Umfang, in der Zeit von 1957 bis 1972 zum Einsatz gekommen sind.

Unterlagen aus dem genannten Zeitraum sind nicht mehr vorhanden. Dieses gilt sowohl für Patientenakten, schriftliche Aufnahme-Vereinbarungen als auch für sonstige Geschäftsunterlagen des Krankenhauses und der Krankenhaus-Apotheke.

Mit freundlichen Grüßen

[Redacted signature]

[Redacted footer line]

[Redacted footer line]

[REDACTED]

Von: [REDACTED]
Gesendet: Montag, 24. April 2017 10:57
An: [REDACTED]
Betreff: Anfrage Medikamententests an Heimkindern

Sehr geehrte [REDACTED]

In Beantwortung Ihrer Anfrage teile ich Ihnen mit, dass dem Gesundheitsamt der Stadt Remscheid nach Prüfung der hier vorliegenden Klinik- Unterlagen keine Kenntnisse über eine Medikamententestung an Heimkindern in den Jahren von 1957- 1972 vorliegen.

Besondere Schwerpunkt- Einrichtungen hat es im Stadtgebiet m.E. nicht gegeben.

Die psychiatrische Klinik im Stadtgebiet ist auf die Therapie von Erwachsenen spezialisiert.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

[REDACTED]
Stadt Remscheid
Fachdienst Gesundheitswesen
Fachbereichsleitung

Tel: [REDACTED]
Fax: [REDACTED]
E-Mail: [REDACTED]

Ohne Kenntnis AL IV weiter
27. JUNI 2019
01. JULI 2019
Handwritten initials and dates



Stift Tilbeck GmbH – Tilbeck 2 – 48329 Havixbeck

Geschäftsführung

Ministerium für Arbeit,
Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen
[Redacted]
40190 Düsseldorf

Ministerium für Arbeit,
Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen

27. Juni 2019

..... Anl. Akt.Ht.

Telefon: [Redacted]
Fax: [Redacted]
E-Mail: [Redacted]

Ihr Zeichen
G.0611 Kinderheime

Unsere Zeichen
[Redacted]

Datum
21.06.2019

Ihre Anfragen zum Verdacht auf Medikamententests an Heimkindern

Sehr geehrter [Redacted]

entschuldigen Sie bitte die verspätete Antwort, die mehreren Wechseln in der ärztlichen Zuständigkeit geschuldet ist. Ich war davon ausgegangen, dass Ihre Anfrage beantwortet worden wäre.

Ich kann Ihnen mitteilen, dass sich bei uns im Archiv Patientenakten befinden. Wir haben darauf hingewiesen, dass diese dauerhaft aufzubewahren sind.

Aus meinen Gesprächen mit langjährigen Mitarbeitern im ärztlichen Bereich ergaben sich bisher keine Anhaltspunkte auf Medikamententests, ebenso haben wir bisher keine Anfragen ggf. betroffener Personen oder deren Angehörige erhalten.

Sollten sich zu diesem Thema neue Erkenntnisse ergeben, werden wir uns bei Ihnen melden.

Freundliche Grüße
[Redacted Signature]

Geschäftsführerin



Träger:
Stift Tilbeck GmbH
Tilbeck 2 · 48 329 Havixbeck
HRB 2416 Amtsgericht Coesfeld
[Redacted]



[Redacted text block]

Stift Tilbeck GmbH
Tilbeck 2
48 329 Havixbeck
Telefon: 02507 981-0
Telefax: 02507 981-790
mail@stift-tilbeck.de
www.stift-tilbeck.de



Stiftung Eben-Ezer | Postfach 320 | 32633 Lemgo

Ministerium für Arbeit, Gesundheit
und Soziales
Nordrhein-Westfalen
[Redacted]
40190 Düsseldorf

Ministerium für Arbeit,
Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen
23. Dez. 2019
..... Anl. Akt.Ht.

10 23. DEZ 2019
10 B für i.v.
10 B5 [Redacted]
[Redacted] 02.01

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Telefon.. [Redacted]

Lemgo, 20. Dezember 2019

Ihr Aktenzeichen: G 0611 Kinderheime

Sehr geehrter [Redacted]

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 2. Dezember 2019.

Darin fragen Sie nach Anhaltspunkten zum Einsatz von Arzneimitteln in einem über die individuelle Heilbehandlung hinausgehenden Umfang im Zeitraum 1957 bis 1972. Eine historische Aufarbeitung der Bedingungen von Heimerziehung in Eben-Ezer in den 1960er und 1970er Jahren, in der auch der Einsatz von Psychopharmaka systematisch untersucht werden müsste, ist noch nicht erfolgt; ein solches Vorhaben ist aber schon erwogen worden.

Freundliche Grüße

[Redacted Signature]

Die Stiftung ist Mitglied
im Deutschen Spendenrat e.V.



Telefon: 05261 215-0 | Telefax: 05261 215-322 | e-mail: info@eben-ezer.de | Lieferanschrift: Volkeningweg 2-4, 32657 Lemgo

[Redacted]
[Redacted]
[Redacted]
Sitz der Stiftung: [Redacted]
Stiftungsregister Lipp, Landeskirche: 111-15 Nr. 10289 | USt-Nr.: DE125650067

Ministerium für Gesundheit, Emanzipation,
Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen
15. Mai 2017
Abt. Anl. Blatt/Teil



Einrichtungen für Menschen
mit Behinderung

Haus Hall · Postfach 1161 · 48704 Gescher

MGEPA NRW
[Redacted]
40190 Düsseldorf

15. MAI 2017 2
[Handwritten initials and numbers: hr, 22, 22A, 1615]

Direktor

[Redacted]
Tel.: [Redacted]
Fax: [Redacted]

11.05.2017

**Veröffentlichung von Frau Wagner zu Medikamententests in
Einrichtungen der Behindertenhilfe
Ihr Schreiben vom 07.04.2017**

Sehr geehrte [Redacted] sehr geehrte [Redacted]

im Rahmen der Veröffentlichung von Frau Wagner wurden auch die Medika-
mententests im Franz-Sales-Haus in Essen aufgeführt, die [Redacted]
[Redacted] dort in den 60er Jahren durchgeführt hat. [Redacted] hat nach seiner
Tätigkeit in Essen als Arzt für die Stiftung Haus Hall vermutlich von April 1969
bis Dezember 1971 gearbeitet.

Vor diesem Hintergrund hat die Veröffentlichung von Frau Wagner bei uns
erhebliche Recherchebemühungen ausgelöst, um herauszufinden ob [Redacted]
[Redacted] auch in Haus Hall Medikamententests durchgeführt hat. Wir haben
dazu Bewohnerakten geprüft, mit ehemaligen Leitungsverantwortlichen und
Mitarbeitern gesprochen und auch gezielt mit Bewohnern gesprochen, die
damals schon in der Stiftung Haus Hall betreut wurden.

Dabei ist für uns nichts herausgekommen, was auf die Durchführung von Me-
dikamententests in dieser Zeit oder davor hinweist. Allerdings müssen wir
auch feststellen, dass die vorhandenen Bewohnerakten zur Frage der Be-
handlung und Medikamentierung wenig hergeben.

Herausgekommen ist, dass die Art der ärztlichen Behandlung [Redacted]
aus heutiger Sicht in mehrfacher Hinsicht abzulehnen ist. Dazu hat der WDR
in der Aktuellen Stunde im November letzten Jahres einen kurzen Bericht
gesendet.

Zu Ihren Fragen:

1. In der Stiftung Haus Hall wurden auch schon 1957 und danach Kinder
und Jugendliche betreut und medizinisch behandelt.
2. Soweit wir uns durch Zeitzeugen haben unterrichten lassen bzw. im
Rahmen von Stichproben in vorhandenen Bewohnerakten nachsehen

Seite 1 von 2

- konnten, haben wir keine Erkenntnisse gewinnen können, dass in der Stiftung Haus Hall Studien oder Tests mit Kindern, Jugendlichen oder Erwachsenen durchgeführt wurden.
3. Die Stiftung Haus Hall verfügt über ein Archiv mit Bewohnerakten und auch anderen Unterlagen (Jahresberichte, Geschäftsunterlagen etc.). In den Bewohnerakten finden sich z.T. medizinische Befunde und ärztliche Bescheinigungen. Zu den noch lebenden Bewohnern aus dieser Zeit liegen auch z.T. gesonderte Patientenakten vor mit Diagnosen, Verschreibungen etc.. All diese Akten werden aufbewahrt.
 4. In der Zeit der 50er bis in die 70er Jahre gibt es keine Aufnahmebögen mit Einwilligungserklärungen oder vergleichbar. Diese sind erst später eingeführt worden.

Auch wenn wir bislang keine Hinweise haben, dass in Haus Hall Studien oder Tests mit Medikamenten bei Bewohnern durchgeführt wurden, sind wir uns aufgrund der begrenzten Quellen und Auskünfte bewusst, dass wir dieses oder anderes unrechte Vorgehen nicht mit Sicherheit ausschließen können.

Falls das Ministerium weitere Anstrengungen unternimmt, um dieses dunkle Kapitel der Heimgeschichte in Deutschland weiter aufzuklären, sind wir zu einer umfassenden Zusammenarbeit gerne bereit. Es ist in unserem eigenen Interesse, möglichst umfassend über die damaligen Vorgänge Bescheid zu wissen.

Mit freundlichen Grüßen



Ministerium für Arbeit,
Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen
22. Nov. 2019
..... Anl. Akt.Ht.

Theodor Fliedner Stiftung · Vorstand · Fliednerstr. 2 · 45481 Mülheim an der Ruhr

Ohne Kenntnis AL IV weiter

Ministerium für Arbeit, Gesundheit
und Soziales des Landes NRW
40190 Düsseldorf

TU 22 NOV. 2019
TU 13 *lt*
TU 135 *Ke 26/14*

Vorstand

Fliednerstraße 2
45481 Mülheim an der Ruhr

[Redacted]

[Redacted]

www.fliedner.de

USt-IdNr. DE 120350579

21.11.2019

Ihr Schreiben G.0611 vom 30.10.2019
Heimkinder in NRW

Sehr geehrte Damen und Herren,

unsere Recherchen haben ergeben, dass die jugendpflegerische Arbeit der damaligen „Duisburger Diakonenanstalt“ im Jahr 1960 endete. Die Arbeit mit jungen Erwachsenen fand bis 1968 in Mülheim an der Ruhr statt.

Wir haben keine Erkenntnisse über Medikamententests an Heimkindern in der damaligen Duisburger Diakonenanstalt.

Mit freundlichen Grüßen

[Redacted signature]

[Redacted signature]

Ministerium für Gesundheit, Emanzipation,
Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen
08. Mai 2017
Abt. Anl. Blatt/Heft

Universitätsklinikum Bonn, Sigmund-Freud-Str. 25, 53105 Bonn

Ministerium für Gesundheit, Emanzipation,
Pflege und Alter des Landes Nordrhein-
Westfalen

40190 Düsseldorf

Ärztlicher Direktor und
Vorstandsvorsitzender

Handwritten notes:
2
22
221
vJK 9/15
08. MAI 2017
14

Bonn, 4. Mai 2017

Tel: [redacted]
Fax: + [redacted]

**Verdacht auf Medikamententests an Heimkindern in NRW im
Zeitraum 1957 – 1972 (Veröffentlichung von Frau Sylvia Wagner:
„ Ein unterdrücktes und verdrängtes Kapitel der Heimgeschichte“)**

Sekretariat
[redacted]
[redacted]
[redacted]
[redacted]
[redacted]

Schreiben vom 07.04.2017 – Az 221 -

Sehr geehrter [redacted]
sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Anfrage vom 07.04.2017.

Leider stehen in unserem Haus in der Kinderklinik keine
Ansprechpartner/innen mehr zur Verfügung, die zu dem o.a. Zeitraum
befragt werden können.

Von daher können wir leider nicht zu einer Aufklärung beitragen.

Universitätsklinikum Bonn
Sigmund-Freud-Str. 25
53127 Bonn

Mit freundlichen Grüßen

[redacted signature]
[redacted name]
Ärztlicher Direktor und Vorstandsvorsitzender



Vorstand: [redacted]

[redacted footer text]



10. Jan. 2019

..... Anl. Akt.Ht.

48

[Redacted]

**Vorstandsvorsitzender
und Ärztlicher Direktor**

Sekretariat: [Redacted]
Telefon: [Redacted]
Telefax: [Redacted]

Uniklinik Köln | Der Vorstandsvorsitzende |
50924 Köln

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und
Soziales des Landes NRW

[Redacted]

40219 Düsseldorf

Ohne Kenntnis AL IV weiter

sw
IV
IVB
IVBS
10. JAN. 2020
19. JAN. 2020

Aktenzeichen G.0611 Kinderheim

Köln, den 6. Januar 2020

**Verdacht auf Medikamententests an Heimkindern in NRW im Zeitraum 1957 bis 1972
(Veröffentlichung von Frau Sylvia Wagner: „Ein unterdrücktes und verdrängtes Kapitel
der Heimgeschichte“)**

Sehr geehrter [Redacted]

ich nehme Bezug auf Ihr Schreiben vom 02.12.2019 und möchte Ihnen gern hierzu eine
Rückmeldung geben.

Eine medizinhistorische Untersuchung dieses Themas wurde Seitens des Universitätsklinikums
Köln bisher nicht durchgeführt. Die Gründe entnehmen Sie bitte der beiliegenden Stellungnahme
von [Redacted]

[Redacted] ist der kommissarischer Leiter des Instituts für Geschichte und
Ethik der Medizin.

Mit freundlichen Grüßen

[Redacted Signature]



Uniklinik Köln | Institut für Geschichte und Ethik der Medizin
Joseph-Stelzmann-Str. 20, Gebäude 42 | 50931 Köln

Telefon: [REDACTED]
Telefax: [REDACTED]
E-Mail: [REDACTED]

Köln, den 20. Dezember 2019

**STELLUNGNAHME zum Thema
„Verdacht auf Medikamentenprüfungen/Impfversuche an
Heimkindern am Universitätsklinikum Köln im Zeitraum 1957-1972“
für den Ärztlichen Direktor des Universitätsklinikums Köln**

Zuletzt habe ich am 8. Mai 2017 eine Stellungnahme zum o.g. Thema verfasst, die zusammen mit einem Schreiben des Ärztlichen Direktors des Universitätsklinikums Köln am 23. Mai 2017 an das damalige MGEPA weitergeleitet worden ist. In der Antwort des Ministeriums vom 12. Juni 2017 wird ausgeführt, dass

- die Entscheidung über weitere einrichtungsbezogene Nachforschungen zu Medikamentenprüfungen an sog. „Heimkindern“ in die Verantwortung der einzelnen Träger gelegt wird;
- die Frage, ob es einer wissenschaftlichen Aufarbeitung zeitgenössischer Fachpublikationen bedarf, sich in einem Klärungsprozess befindet;
- um Informationen gebeten wird, sobald in einzelnen relevanten Einrichtungen der Gesundheitsversorgung eine solche Aufarbeitung begonnen hat bzw. inwieweit solche Erkenntnisse an dritte Stellen weitergegeben werden können.

Mit Schreiben vom 2. Dezember 2019 hat das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW diese Fragen nun erneut aufgegriffen und bittet um Nachricht, ob eine solche einrichtungsbezogene Nachforschung für das Universitätsklinikum Köln stattgefunden hat und ggfls. welche Erkenntnisse sich daraus ergeben.

Hierzu darf ich Folgendes feststellen:

I. Medikamentenprüfungen

Eine medizinhistorische Untersuchung dieser Frage für den Zeitraum von 1957 bis 1972 hat am Universitätsklinikum Köln bislang nicht stattgefunden, weil ein entsprechender Auftrag nicht ergangen ist. Wie schon 2017 ausgeführt, erscheint eine solche höchst aufwendige Durchsicht von Kranken-, Klinik- und Institutsakten derzeit auch nicht erforderlich, weil das Universitätsklinikum Köln zu keinem Zeitpunkt ein Zentrum von derartigen Medikamententests an Heimkindern gewesen ist, ja nicht einmal über eine Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie verfügte, an der am ehesten solche Prüfungen denkbar gewesen wären. Es liegen somit zum gegenwärtigen Zeitpunkt weder Anhaltspunkte noch Erkenntnisse dazu vor, ob Arzneimittel/Impfstoffe in einem über die individuelle Heilbehandlung hinausgehenden Umfang hier an sog. „Heimkindern“ geprüft worden sind. Im Übrigen wird das Universitätsklinikum Köln in den Publikationen von Frau Sylvia Wagner, die eine Beschäftigung mit dem Thema angestoßen haben, auch nicht erwähnt. Vor diesem Hintergrund erscheint es vertretbar, wenn das Universitätsklinikum Köln zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf eine zeit- und kostenintensive Prüfung verzichtet. Sollten hierzu grundsätzlich neue Gesichtspunkte auftauchen, müsste man die Situation neu bewerten.

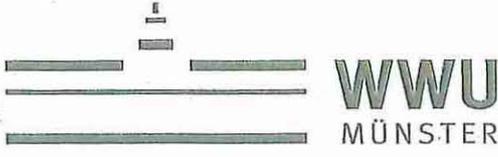
II. Impfversuche

Anders ist die Lage bei einer möglichen Beteiligung an Impftests, vor allem Polio- und Masern-Impfung, zu bewerten. Hier ist nicht auszuschließen, dass Bedienstete des Universitätsklinikums Köln (Virologisches Institut, Kinderklinik, ggfls. andere Institute/Kliniken) z. B. an der wissenschaftlichen Planung, insbesondere aber an der Publikation solcher Prüfungen in irgendeiner Form beteiligt waren. Es erscheint allerdings nicht sehr wahrscheinlich, dass die Versuche an Heimkindern an den damaligen Medizinischen Einrichtungen der Universität zu Köln stattgefunden haben. Auch hier würde eine belastbare medizinhistorische Studie mit Identifizierung relevanter Publikationen sowie Durchsicht von Kranken-, Klinik- und Institutsakten (soweit noch vorhanden) allein für Köln mindestens 12 Monate, wenn nicht sogar deutlich länger, benötigen.

Da das Ministerium 2017 die Klärung der Frage, ob zeitgenössische Fachpublikationen durchgesehen werden sollen, angestoßen hat, schlage ich vor abzuwarten, bis diese Klärung erfolgt ist. Falls die Frage bejaht wird, sollte diese Untersuchung aus Sicht des Medizinhistorikers weniger einrichtungsbezogen als institutionsübergreifend und landesweit erfolgen. Durch die Ansiedelung von ZBMed-Zentrum für Lebenswissenschaften in Köln wäre das Institut für Geschichte und Ethik der Medizin der Kölner Universitätsklinik – eine entsprechende Unterstützung vorausgesetzt – sicher besonders gut für eine solche Aufgabe geeignet.

Für weitere Rückfragen stehe ich gerne jederzeit zur Verfügung.

[REDACTED]



Universitätsklinikum Münster . 48129 Münster . [74000]

Ministerium für Arbeit,
Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen
40190 Düsseldorf

Ministerium für Arbeit,
Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen
26. April 2019
..... Anl. Akt.Ht.

Der Vorstand

Albert-Schweitzer-Campus 1, Gebäude D5
Anfahrtsadresse: Domagkstraße 5
48149 Münster



Servicezentrale: T +49 251-83-55555
www.ukm.de

**Verdacht auf Medikamententests an Heim-
kindern in NRW im Zeitraum 1957 bis 1972;**

Münster, 17.04.2019

Ihre Anfrage vom 19.03.2019 und 07.04.2017;

Handwritten notes: TU } 26. APR. 2019, TU B } h.v., TU B5 K229/4

Az.: G.0611

Sehr geehrte Damen und Herren,

bezugnehmend auf Ihre Anfrage vom 07.04.2017 haben Sie mit Schreiben vom 19.03.2019 gebeten, Ihnen Informationen dahingehend zuzuleiten, ob wir Anhaltspunkte bzw. Erkenntnisse darüber haben, dass in den unter unserer Trägerschaft stehenden Einrichtungen Arzneimittel in einem über die individuelle Heilbehandlung hinausgehenden Umfang im Zeitraum von 1957 – 1972 zum Einsatz gekommen sind.

Zunächst müssen wir darauf hinweisen, dass wir über Krankenakten aus dem genannten Zeitraum leider nicht mehr verfügen. Vor dem Hintergrund der rechtlich vorgeschriebenen Aufbewahrungspflicht und den Anforderungen aus der Datenschutzgrundverordnung bewahren wir Krankenakten grundsätzlich nur 30 Jahre auf. Danach werden sie vernichtet. Soweit Patienten im Kindesalter behandelt werden, werden die Krankenakten noch 30 Jahre nach dem erreichten 18. Lebensjahr aufbewahrt. Auch hierzu liegen keine relevanten Akten bzgl. etwaiger Medikamententests vor.

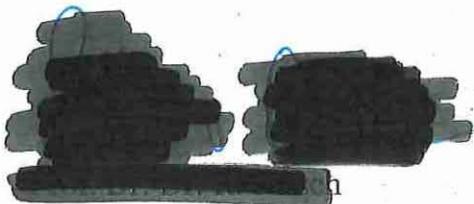
Anfragen zu betreffenden Kranken- und Forschungsunterlagen beim Dekanat der Medizinischen Fakultät, in der Apotheke des Universitätsklinikums, im Institut für Ethik, Geschichte und Theorie der Medizin und im Universitätsarchiv haben leider zu keinem positiveren Ergebnis geführt.

Redacted signature block containing names and titles of officials.



Wir müssen Ihnen deshalb leider mitteilen, dass wir über keine Unterlagen und Erkenntnisse verfügen, die den Verdacht auf Medikamententests an Heimkindern bezogen auf den Zeitraum 1957 – 1972 wecken könnten.

Mit freundlichen Grüßen

A large, irregular black redaction mark covers the signature of the Medical Director. There are some faint blue ink marks above and to the right of the redaction.

Ärztlicher Direktor

A large, irregular black redaction mark covers the signature of the Commercial Director. There are some faint blue ink marks above and below the redaction.

Kaufmännischer Direktor

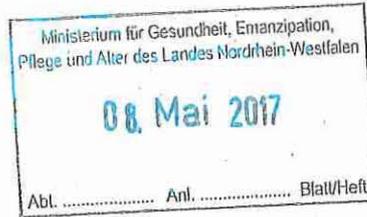


Geschäftsführung

Dr.-Friedrich-Steiner-Straße 5 · 45711 Datteln
Telefon: 02363 975-0 · Telefax: 02363 64211
info@kinderklinik-datteln.de · www.kinderklinik-datteln.de

Vestische Kinder- und Jugendklinik Datteln · Postfach 1351 · 45704 Datteln

MGEPA
Ministerium für Gesundheit,
Emanzipation, Pflege und Alter
[Redacted]
40190 Düsseldorf



Handwritten notes: 2, 22, 08. MAI 2017, IVK, 221, VSP 9/15

Tel.: [Redacted]

Verdacht auf Medikamententests an Heimkindern in NRW im Zeitraum 1957 – 1972 (Veröffentlichung von Frau Sylvia Wagner: „Ein unterdrücktes und verdrängtes Kapitel der Heimgeschichte“).

Sehr geehrte [Redacted]

in Ihrem Schreiben vom 07. April 2017 weisen Sie uns darauf hin, dass es aufgrund des Verdachts auf Medikamententests an Heimkindern in NRW im Zeitraum von 1957 bis 1972 Bestrebungen gibt herauszufinden, ob auch in Krankenhäusern Medikamententests an Kindern durchgeführt wurden. Sie baten uns daher, Ihnen mitzuteilen, ob wir Erkenntnisse über solche Vorgänge in unseren Einrichtungen haben. Weiterhin baten Sie um Mitteilung, ob Unterlagen aus diesem Zeitraum vorhanden sind, die über diese Vorgänge Aufschluss geben könnten.

Bezüglich des Zeitraumes zwischen 1957 und 1972 können wir Ihnen jedoch leider nur mitteilen, dass es in unserem Haus keine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mehr gibt, die zum fraglichen Zeitpunkt vor mehr als 45 Jahren hier tätig gewesen wären. Ebenso wenig bestehen noch Geschäfts- oder Patientenunterlagen, deren Aufbewahrungsfrist ja nach max. 30 Jahren abläuft.

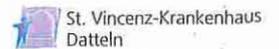
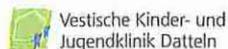
Selbstverständlich stehen wir Ihnen jedoch für weitergehende Fragen und Gespräche jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

[Redacted signature]

Geschäftsführer

Herrn Müller, Geschäftsführer Geschäftsbereich Erwachsene, Vestische Caritas Kliniken GmbH



Geschäftsführer: [Redacted]

[REDACTED] (MAGS)

Von: [REDACTED]
Gesendet: Freitag, 31. Januar 2020 11:19
An: [REDACTED]
Betreff: WG: Arzneimittelprüfung und Bethel 1949 – 1975 | Rückmeldung

Von: [REDACTED]
Gesendet: Freitag, 31. Januar 2020 11:18:27 (UTC+01:00) Amsterdam, Berlin, Bern, Rom, Stockholm, Wien
An: [REDACTED]
Betreff: Arzneimittelprüfung und Bethel 1949 – 1975 | Rückmeldung

Sehr geehrter [REDACTED]

besten Dank, für das sehr freundliche Telefonat gestern.

Nach Rücksprache mit dem Vorstand der v. Bodelschwingschen Stiftungen Bethel kann ich Ihnen mitteilen, dass das Ministerium im II. Quartal 2020 mit der Veröffentlichung des Forschungsprojektes „Arzneimittelprüfung und Bethel 1949 – 1975“ rechnen kann.

Gerne möchte ich Ihnen auch mitteilen, dass die v. Bodelschwingschen Stiftungen Bethel die Idee pflegen, die Vorstellung des Projektes gemeinsam mit dem Ministerium vorzunehmen.

Sollten Sie Fragen haben, können Sie sich gerne an mich wenden.

Freundliche Grüße

[REDACTED]
v. Bodelschwingsche Stiftungen Bethel

[REDACTED]
www.bethel.de

Stiftung Bethel (HRA Nr. 10337, Amtsgericht Bielefeld)
Stiftung Sarepta | Stiftung Nazareth | Hoffnungstaler Stiftung Lobetal
Rechtsfähige kirchliche Stiftungen des privaten Rechts,
vertreten durch den Vorstand

[REDACTED]
[REDACTED] Ramer Nord

Ministerium für Gesundheit, Emanzipation,
Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen
12. Juli 2017
Anl. Blatt/Heft

Wittekindshof | Zur Kirche 2 | 32549 Bad Oeynhausen

MGEPA Nordrhein-Westfalen
[Redacted]
40190 Düsseldorf

Pro: V.
12. JULI 2017 2
22
225
Kraus

Pfarrer
[Redacted]
[Redacted]

Ressortleitung
Angebotsprogrammatik & Identität

Zur Kirche 2
32549 Bad Oeynhausen
[Redacted]
[Redacted]

Datum
07.07.2017

Unser Zeichen
VS-Star/ now

**Verdacht auf Medikamententests an Heimkindern in NRW im Zeitraum 1957 bis 1972
(Veröffentlichung von Frau Sylvia Wagner: „Ein unterdrücktes und verdrängtes Kapitel der
Heimgeschichte“)**

Sehr geehrte [Redacted]

gerne beantworte ich Ihnen Ihre Fragen. Frau Sylvia Wagner hat im September 2014 im Rahmen ihrer Dissertation im Archiv der Diakonischen Stiftung Wittekindshof Krankenblätter aus den 1950er, 1960er und 1970er Jahren sowie andere medizinische Unterlagen ausgewertet. Der Wittekindshof war eine der ersten Einrichtungen, in denen Frau Wagner geforscht hat. Sie konnte bei Ihren Recherchen keine Anhaltspunkte für Medikamententests in dem untersuchten Zeitraum feststellen.

Im Rahmen der Aufarbeitung der Geschichte des Wittekindshofes und den Vorwürfen über Misshandlung und Gewalt von Heimkindern und ehemaligen Heimkindern in den 1950er und 1960er Jahren ist 2012 eine Studie mit dem Titel „Als wären wir zur Strafe hier“ Gewalt gegen Menschen mit geistiger Behinderung – der Wittekindshof in den 1950er und 1960er Jahren“ erschienen. Die Historiker [Redacted] und [Redacted] haben darin den genannten Zeitraum im Wittekindshof untersucht und dazu umfangreiche Akten ausgewertet und Zeitzeugeninterviews geführt. Auch in dieser Studie konnten keine Medikamententests nachgewiesen werden. Sehr wohl hat es aber auch im Wittekindshof nach heutigen Maßstäben Missbrauch von Medikamenten gegeben. So wurden verhaltensauffällige oder den Tagesablauf störende Klientinnen und Klienten mit Medikamenten ruhig gestellt.

Im Archiv des Wittekindshofes haben sich ein großer Teil der Verwaltungsakten und Krankenblätter der Klientinnen und Klienten erhalten. Zudem gibt es aus dem medizinischen Bereich zu dem fraglichen Zeitraum wenige Dokumente wie zum Beispiel Bestelllisten von Medikamenten.

Anhand der Verwaltungsakten der Klientinnen und Klienten lassen sich Aufnahmebögen erst seit etwa der 2. Hälfte der 1960er Jahre nachweisen. Sie besitzen allerdings nicht den Charakter eines Vertrages.

Ich hoffe damit Ihre Fragen beantwortet zu haben. Sollten Sie noch Rückfragen haben, können Sie sich gerne wieder melden.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr



Vorstandssprecher